

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Bureau Nr. 57813
Gros-Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 66

Abonnementpreis d. Boten vierteljährlich 3.— M., d. die Post 3,60 M. Einzel-Nr. 50 Pf.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Elmberg, Essen. Druck: H. Gansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Bismarckstr. 38 42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Vtb:rband Bochum

Zum 1. Mai 1927.

„Das größte kulturgeschichtliche Phänomen des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts ist der Aufstieg der arbeitenden Klassen.“
Dr. Karl Renner.

Erster Maientag! In die grünende knospende Frühlingswelt schmettern die Maianfaren der proletarischen Klasse. Alle die Schaffenden und Wertenden drunten im dunklen Schacht, in grauen Fabriken, im ruhigen Hüttenwerk, alle fühlen sie sich heute gepackt von der stumm-drängenden Frage des Wohin der Gesellschaftsentwicklung. Seit Karl Marx sind sie nicht mehr frei geworden von dem Staunen auch an ihre Stunde. Ihre Stunde sollte die Stunde wahren Menschentums werden. In diesem Hoffen wurden Ideale geboren, die ewig in der Geschichte zum Ruhme des Menschlichen gelten dürfen. Ideale, die in der Vorstellung ihrer Träger, bis in unsere Tage, selbst in jener phantastischen Liebesvollendung noch erlebnisfrohe Gestalt besaßen, die der Dichter in die Worte kleidete: „Seid umschlungen, Millionen — diesen Kuß der ganzen Welt!“ Die Arbeiterklasse aber, und darin offenbart sich gerade ihr unverbrauchter und ihr unverfälschter innerer Wert, kennzeichnete ihr letztes ideales Streben und ihr geschichtliches Ziel mit den einfachen Worten: Bruder- und Schwestertum!

Brüder und Schwestern! Das war das Stichwort, das sie brauchten, jene bedürftigen Präzedenzen der proletarischen Klasse, die vor ein paar Jahrzehnten zum erstenmale „unsicheren und zögernden Schrittes, unfrei in Haltung, Gebärde und Wort im Hintergrunde der geschichtlichen Bühne“ auftraten. Das war das Wort, das sie alle verstanden damals, dem sie aber noch wie schlichter Rinder in heimlicher Sehnsucht lauschten, wenn es aus den Schriften der ersten sozialistischen Philantropen an ihr Ohr gelangte.

Dann kam Karl Marx, der mit wuchtigen Worten, die wie Keulenschläge in die damaligen Gesellschaftszustände hineinkrachten, das ganze Geheimnis des Warum jener Zustände enthüllte und endlich den Weg zeigte, der durch das große Hoffen führen sollte:

„Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“

Das war das Stichwort, mit dem ein neues Gesellschafts- werden anheben sollte, jenes neue Gesellschaftswerden, das in seiner letzten Auswirkung sich als ein Zweikampf zwischen den zwei großen Klassen des Besitzes auf der einen und der Besitzlosen, des Proletariats, auf der anderen Seite offenbarte. Es war, und ist bis heute, der Kampf um Gleichberechtigung im Erdenbasein.

Klassenkampf! So wurde deshalb schon von Marx dieses große Ringen getauft. Der Klassenkampf ist nicht eine Erfindung des Proletariats, sondern ein zwangsläufiges Geschehen im Werden der menschlichen Gesellschaft. Nicht die Arbeiterschaft ist es, die für sich als Klasse kämpft, das tun vielmehr die Besitzer der Produktionsmittel. Die Arbeiterschaft kämpft diesen Kampf nur deshalb, weil sie zu einer besonderen ungeheuerlich benachteiligten Klasse degradiert ist wegen den bevorrechteten Interessen der Besitzenden. In der Ungleichheit zwischen den Besitzenden der Produktionsmittel und der besitzlosen Arbeiterschaft liegt allein die Klaffungsstelle. Wer für den Bestand dieser Ungleichheit kämpft, der kämpft für den Klassenkampf. Die Arbeiterschaft aber kämpft um gleiches Recht für alle, also um Beseitigung des Klassenkampfes.

Also ist es auch nicht so, daß wir den Klassenkampf lieben. Nein, wir hassen ihn. Wir führen ihn nur, weil wir dazu gezwungen sind. Wir sehnen aber den Tag herbei, an dem dieser Klassenkampf überflüssig ist, jenen Tag, an dem wieder Recht und Freiheit walten. Ob dieser Tag kommen wird?

Wenn am diesjährigen ersten Maientag die Treuesten der proletarischen Bewegung durch Demonstrationen, gemeinschaftliche Ausflüge oder enge Familienfeier, wie es gerade durch die Verhältnisse gegeben ist, ihr Maientagebekenntnis zur proletarischen Kämpferschar ablegen, dann sind sicher Hunderttausende noch, die als die pessimistischen Zweifler hinter den Gardinen stehen. Nicht immer die Schlechtesten brauchen es zu sein, die sich in diese wenig ruhmvolle Stellung zurückgezogen; viele vielleicht, die Jahrzehnte treue Waffenbrüderschaft gehalten und im Geschehen des letzten Jahrzehntes den klaren Blick verloren und deshalb nur abgeirrt sind. Oder viele vielleicht, die als Opfer revolutionärer gebärdender Demagogen mit diesen die große Heeresfront verlassen hatten und auch nach deren Bankrott den Weg nicht mehr zurückfanden. Viele aber auch, die sich in politischer Selbstentmannung einem gefährlichen Fatalismus hingeben und sich nach Eunuchenart zum willenlosen Objekt und gleichzeitig zum Zuhälter kapitalistischer Willkür hergeben. Und all diese sind es ja gerade, die an diesem Maientage, angesichts ihrer Brüder draußen in Front, wie zur Selbstenttarnung sich die Frage stellen: Ob dieses große Maientagebekenntnis erfüllen wird?

Geht doch hinaus, ihr Zweifler, und fragt sie einmal selber, diese frohen Maientage! Sie warten euer! Stimmt ein in ihren frohen Freiheitsang, der trugig und männlich aus ihren Kehlen erklingt. Und dann, wenn ihr bei ihnen seid, wenn ihr euch eingereicht in ihre Maientagefront, wenn ihr ihnen gesagt, daß ihr diesen Platz jetzt halten werdet bis zum Siege und, wenn ihr sie dann fragt, ob auch sie an den Sieg glauben, dann werden sie lachend sagen:

Nun haben wir doch gesiegt!

Das ist es, was sie so schwer begreifen wollen, jene weiblich Jagenden, daß der Sieg der proletarischen Klasse in ihrer Einigkeit und Geschlossenheit liegt. Zehn Jahre proletarische Einheitsfront, zehn Jahre geschlossene Organisation und kapitalistische Herrschaft und proletarische Knechtschaft gehören der Geschichte an.

Aus Rauch und Staub...

Aus Rauch und Staub und Dämmerungen
Quillt endlos eine graue Schar,
Die, vom Geschick aufs Knie gezwungen,
Mißachtet und vergessen war.
Sie wächst und schreiet kampfschlössen
Rund um die Erde Hand in Hand
Und immer neue Kampfgenossen
Erstehen ihr in jedem Land.

Aus Rauch und Staub und Finsternissen
Hebt sich ins Licht das Ideal:
Frei sei der Mensch, sein Wort und Wissen!
Die Arbeit frei von Druck und Qual!
Acht Stunden Werk, acht Stunden Frieden,
Acht Stunden Ruhe sei Gebot.
Dem Alter sei zu Dank beschieden
Ein Lebensabend ohne Not.

Aus Rauch und Staub und Kriegsgewittern
Schwingt sich die Losung: Krieg dem Krieg!
Kein Volk soll vor dem andern zittern,
Der Friede sei der höchste Sieg!
Verfenkt im tiefsten Meer die Waffen,
Verwischet der Grenzen Trennungspur,
Damit die Völker friedsam schaffen
Im Wettbewerb um die Kultur!

Aus Rauch und Staub und Nebelschwaden
Bricht an des Maien erster Tag
Und taucht in leuchtende Raskaden
Den dunklen Wald, den grünen Hag.
Millionen von Enterteten schreiten
Durch Maientag und Maientag,
Bezeugend, daß sie aller Zeiten
Ein Kopf, ein Herz, ein Wille sind!

Victor Kalinowski

O, wir kennen euch, ihr Neunmalweisen, mit eurer Ausrede, daß wir ja einig waren, daß wir ja geschlossen standen, damals, in den Jahren 1919/20, und doch sei nichts vom Sieg zu merken. Und wie ihr euch aufpufft und stolz tut, daß ihr zwei Jahre (!) in der großen Front gestanden. Ihr wäret wieder gegangen, weil — wir nicht gewollt hätten? Wie naiv müßt ihr dem Leben gegenüberstehen, die ihr glaubt, daß eine alte Welt zusammenstürzen kann, und daß wir die neue Ordnung in ein paar Tagen aufrichten könnten. Zwei Jahre Beiträge zur proletarischen Organisation schien euch schon ein zu hoher Preis für Freiheit und gleiches Menschenrecht. Heute, am ersten Maientag, da stellt euch einmal die Frage, ob nicht schon der Versuch, die Möglichkeit allein, zur Freiheit und Gleichberechtigung zu gelangen, zehn und zwanzig Jahre Opfer wert sind aus der Mitgliedschaft zur Organisation? Seht dort die Kämpfer im Maien! Dreißig — vierzig Jahre schon marschieren einzelne unter ihnen. Hoffnungs- froh und voller Jugendmut wie am ersten Tage. Jahrzehnte- lang haben sie geopfert und gelitten, nur in der Hoffnung, daß ihr, die Abseitsstehenden, doch noch einmal kommen werdet. Eine kurze Zeitpanne schien sich ihr Hoffen ver-

wirklich zu haben. Zwölf Millionen deutsche Arbeiter standen in Front — das Siegeswerden konnte beginnen.

Was ist geschehen?

Sie ist zusammengebrochen, diese stolze Front der zwölf Millionen. Sechs Millionen waren Papierkrieger, die nur kamen, weil sie ernten wollten, ohne gesät zu haben. Sie fühlten sich fremd neben den alten Kämpfern. Jetzt erst fühlten sie ihren Unwert als bisherige Unorganisierte. In solcher Situation war ihnen jenes Demagogentum der revolutionären Phrase sehr willkommen. In deren Schimpf auf die alte Führung lag ja ihre eigene Verteidigung. So kam es, wie es kommen mußte.

Auf der einen Seite die altgeschulte sich wieder sammelnde Reaktion, auf der anderen Seite die Selbstzerfleischung der jungen proletarischen Front. Selbstverständlich, daß hier die Erfolge nicht in dem Maße kommen und ausgehakt werden konnten, wie das bei einer einzigen Klasse hätte sein können. Und wie sich herausstellte, daß nur in der alten Kämpferreihe und Führung jene Kräfte lebten, die einer alten Herrschaft zum Trutz und einem neuen proletarischen Werden zum Schutz wirken konnten, da schlugen sie sich wieder seitwärts in die Büsche und überließen dem Rest die schaffende Tat allein. Und jetzt sehten sie ihrem Handeln die Krone auf und sagten, daß sie nur dann erst wieder kommen, wenn wir gezeigt haben, daß wir den Sieg zu erkämpfen verstehen.

Ihr Narren, dann brauchen wir euch nicht mehr! Darum gerade rufen wir doch, daß ihr wieder mit uns die große starke Front bilden sollt, um diesen

Sieg als unvermeidliches Resultat

schaffen zu können. Noch einmal: An diesem Maientag besinnt euch, ihr Unorganisierten. Zeigt Menschenstolz und Männerwürde. Kommt und reicht die Hand zum Bunde zu dauernder Bruderschaft, damit wir das begonnene Werk vollenden und im stetigen Vorwärtsschreiten schnellere Fortschritte machen.

Großes ist schon geleistet worden bisher. Man will das oft nicht gelten lassen. Aber die daran zweifeln, die da glauben, daß das Ringen vergeblich sei, weil wir schon „so lange“, schon „immer“ so gesagt hätten, ohne die versprochenen Resultate zu erlangen, alle die Zweifler mögen sich am ersten Maientag folgendes überlegen: Die Arbeiterklasse kämpft nicht „schon so lange“, sie kämpft nicht „schon immer“, das ist die Ansicht gedankenloser Schwärzer. Die Arbeiterklasse kämpft erst fünf Jahrzehnte. Der Bergarbeiterverband besteht noch keine vier Jahrzehnte. Wo sind denn da die Arbeitermassen, die „schon immer“, die „schon so lange“ kämpfen?

Wenn jeder diese Tatsache einmal so recht begriffen hat, wenn jeder sich bewußt wird, daß wir, als Klassenkämpfer, erst ein mittleres Menschenalter hinter uns haben, dann fragen wir wieder einmal, ob wirklich keine Erfolge erzielt sind. Fragt einmal die alten Veteranen aus den Gründertagen des Verbandes, ob sich nichts geändert habe seit jener Zeit. Denkt einmal daran, wie diese noch „untertänigst zu bitten wagten“ bei ihrem „allerhöchsten, allergnädigsten, allerdurchlauchtigsten Kaiser, König und Herrn“.

Und heute? Fürstenthronen sind gestürzt, die absolute Herrschergewalt einer kleinen Rasse ist zusammengebrochen.

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“

Alle standen sie verzweifelt vor diesem Werden, nur — das Volk selbst hat es nicht begriffen. Es wurde ja „nichts gemacht“. Und während sie sich da unten zerfleischten und noch immer darum streiten, ob denn wirklich „etwas gemacht“ wurde, ob wirklich eine stark organisierte Arbeiterklasse weiterschreiten könne, währenddem rufen die Gegner des Proletariats zum Sammeln. Hier sollten wir lernen. Sie haben es längst begriffen, daß man Geschichte nicht über Nacht machen kann. Sie wissen, daß in dieser unvermeidlichen Klassenscheidung nur die Klasse, die der Sieger sein wird, die sich nicht nur geschlossen zusammenfindet in den Tagen des Umsturzes, zur Revolution, sondern diejenige, die die Kraft und die Ausdauer hat, auch die wirkliche auf- und weiterbauende Arbeit und Tagespolitik zu machen und mit ihren letzten Klassenangehörigen unterstützt.

Möchte doch das einmal der letzte Arbeiter so recht verstehen! Aber das ist die eigentliche Tragik der Arbeiterklasse, daß sie in ihrer großen Masse noch nicht das geistige Rüstzeug besitzt, in das Innere des geschichtlichen Werdens hineinzuhorchen, um die dort wirkenden Kräfte zu erfassen und entsprechend zu beeinflussen. Millionen aber sind es schon, denen klare Erkenntnis geworden ist und nun in unerschütterlicher Ueberzeugungstreue in der proletarischen Front stehen. Sie fühlen das wahrhaft Große ihrer Aufgabe und ihres bisherigen Erfolges. Sie wissen es zu würdigen,

das kulturgeschichtliche Phänomen

des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts — ihren eigenen Aufstieg! Sie kennen den Unterschied zwischen ihrer Stellung vor vierzig Jahren als alleruntertänigster, allergehorfamster Sklave „ihres“ allerhöchsten, allerburchlauchtigsten Kaisers und Herrn und ihrer heutigen politischen Stellung als Gleichberechtigte im Staate, deren Vertreter, Genossen, Arbeitskollegen, die Staatsgewalt in Händen haben. Daß damit die Arbeit nicht getan ist, wissen wir alle. Hier soll ja aber auch erst die Arbeit beginnen. Und daß nun wirkliche proletarische Politik geübt werden kann, das zu ermöglichen liegt immer an der Treue der Klassengenossen.

Dem politischen Erfolge muß auch der wirtschaftliche folgen. Hier sind die Schwierigkeiten ungleich größer. Ein international verbundenes Kapital hält hier geschlossen Front. Die Internationale der Arbeiterklasse bildet das Monopol, von dem aus Angriffe und Abwehr gegen den Kapitalismus vorbereitet und geleitet werden. Dieser internationalen Front gerade ist ja der 1. Mai besonders gewidmet. Am 1. Mai senden sie alle, die Arbeiter aller Länder, Brudergrüße über Land und Meer in dem frohen Bewußtsein, daß überall auf Erden, wo Lohnarbeit verrichtet wird, der proletarischen Zukunftswelt, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ein frohes Fest gefeiert wird.

Im Namen dieser großen internationalen Front richtet das Bureau der Sozialistischen Internationale folgende Worte

An die Arbeiter aller Länder!

In einer Zeit großen geschichtlichen Geschehens, voll drückender Sorgen und drohender Gefahren, rüstet das internationale Proletariat zum Festtag der Arbeit.

Im Vordergrund der weltpolitischen Ereignisse steht das Erwachen des chinesischen Volkes, sein gewaltiger Kampf um das Recht auf volle Selbstbestimmung. Er erfüllt mit Freiheitshoffen die Seelen der unterdrückten Völker aller Farben und aller Rassen und zeigt den Imperialisten aller Länder: die Epoche kolonialer Ausbeutung geht zu Ende! Das, was in China geschieht, ist der erste Anfang der großen Neuentdeckung der letzten großen Meeresarme des Kapitalismus und deswegen, Genossen, ist, was dort geschieht, unsere eigene Sache und deswegen wollen wir den Arbeitern dort drüben unseren Gruß schicken! In richtiger Vorahnung künftiger Ereignisse wurde diese Erkenntnis vor zwei Jahren unter dem stürmischen Jubel des ganzen Kongresses der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Marseille ausgesprochen; heute ist sie zum Gemeingut der Arbeiterklasse der ganzen Welt geworden. Soviel Zwiespalt es innerhalb des Proletariats über den besten Weg zu seiner Befreiung auch geben mag, in der

Sympathie und Solidarität für die nationale Freiheitsbewegung in China

besteht volle Einigkeit.

Ein Drittel der Erdoberfläche liegt zwischen London und Schanghai. Wir können der Revolution, in deren vordersten Reihen die chinesischen Proletarier kämpfen, keine unmittelbare Hilfe leisten. Aber wir können sie unterstützen durch unsere Aktion in der Heimat der imperialistischen Ausbeuter. Sie verfügen über die Machtmittel des Staates, für sie ist der Weg nach China offen, sie hoffen noch immer mit Pulver und Blei die schmachvolle Schande ihrer „Konkessionen“ und „Exterritorialitätsprivilegien“ zu behaupten. Deshalb demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die sofortige Rückberufung der fremden Truppen und Kriegsschiffe aus China!

Arbeiter, Sozialisten! Auch Europa ist von neuen Kriegen bedroht. Je weiter die Völker durch die Reaktion in den Abgrund ökonomischen Verwüstung und geistiger Verflawung gestoßen werden, um so größer wird die Gefahr, daß die Diktatoren das Vabanquispiel eines Eroberungszuges riskieren. Insbesondere liegt auf europäischem Gebiet

das Gefahrenzentrum der Kriegsstiftung

in dem verbrecherischen System des Faschismus. Schon ist Albanien auf dem Wege, in eine wirkliche Kolonie Italiens umgewandelt zu werden. Die Gefahr eines neuen Balkankrieges

mit allen seinen Schrecken für ganz Europa steigt drohend heran. Dabei demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die alte Forderung der Sozialistischen Internationale: Der Balkan den Balkanvölkern! Für die Balkanföderation der freien Völker des Balkans!

Weber die Verwüstungen des Krieges, den wir erlebt, noch die Gefährdung des Friedens, die neu vor uns erhebt, haben den kapitalistischen Regierungen das Gewissen geschärft. Die imperialistischen Interessen sind stärker als der Abrüstungsgedanke. Welch ein Abstand zwischen den Verheißungen Wilsons und den bisherigen Resultaten des Völkervertrages! Arbeiter, euch erwächst daher die Pflicht, neuerlich zu demonstrieren gegen das Betrüben in allen seinen Formen, gegen den Militarismus, für die Friedenspolitik der Arbeiterklasse!

Unter der Erdröckelung der Meinungs- und Arbeitsfreiheit leidet die Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie. Keine Pressefreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Organisationsfreiheit, diese Wahrzeichen des russischen Jarrismus herrschen heute wieder über einen großen Teil Europas und in Russland selbst! Tausende und Tausende politische Gefangene sitzen in den Kerker und Verbannungsorten, Tausende und Tausende politische Flüchtlinge erdulden das harte Los der Emigranten! Dabei demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

für die Wiederherstellung der politischen Freiheit und der Demokratie! Für die Amnestie der politisch Verurteilten und Gefangenen!

und wir benützen die Feier des 1. Mai zur Stärkung des Matkotki-Fonds, des Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie.

Seit der letzten Matfeier ist im Kampf für die Verteidigung des Achtstundentages ein kleiner Fortschritt erzielt worden. Belgien hat die Konvention von Washington über den Achtstundentag ratifiziert. Aber noch immer leisten die großen Industrieländer Europas, vor allem England und Deutschland, passive Resistenz. Dabei demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

für den Achtstundentag!

für die Ratifikation des Abkommens von Washington!

Jahre um Jahre vergehen, aber der Kapitalismus erweist sich als unfähig, die Massenarbeiteloseigkeit, die sein Weltkrieg erzeugt hat, zu beseitigen. Noch immer sind Millionen gesunder Menschen zu Untätigkeit und Verelendung verdammt. Dabei demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die Arbeitelosenfürsorge in allen Formen, für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, deren Wahnsinn sich im Schicksal der Arbeitslosen am sinnfälligsten offenbart.

Zur Lohnbewegung an der Ruhr.

Nachdem im Ruhrbergbau die Arbeitszeitbewegung durch den gefällten Zwangsschlichtungsbescheid vorläufig abgeschlossen ist, in der Frage der Schlichtungszeitverkürzung für unter Tage und große Teile der Liebertagebelegschaft leider mit negativem Erfolg, haben die Gewerkschaften neuerdings die bestehende Lohnordnung zum 30. April d. J. gekündigt. Die Kündigung machte sich notwendig unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Reallohn der Vorkriegszeit trotz unläugbar vorhandener Leistungssteigerung längst nicht erreicht ist und in absehbarer Zeit mit einer weiteren Senkung desselben infolge Anziehens der Lebenshaltungskosten auf Grund gesteigerter Mieten gerechnet werden muß. Abgesehen davon, daß Lohnerhöhungen und gleichbedeutend damit Stärkung der Kaufkraft lebend auf die Wirtschaft wirken, müssen die Löhne erhöht werden, wenn nicht die Bergarbeiter infolge der niedrigen Löhne vollständig verelenden sollen.

Ueber die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung bestehen eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten. Selbst weite Kreise im Unternehmerlager haben sich zu dieser Auffassung bekannt. Sie versuchen aber ihre ablehnende Haltung jeder Lohnforderung gegenüber mit dem Hinweis auf die dadurch eintretende Erhöhung der Selbstkosten zu begründen, die für die Konkurrenzfähigkeit des Ruhrbergbaues untragbar sei. Wie verhält es sich mit diesem Einwand?

Um ihn zu entkräften und zu widerlegen, ist es zuerst notwendig, den Lohn der Vorkriegszeit und speziell denjenigen des letzten vollen Friedensjahres 1913 mit dem jetzt gezahlten Lohn zu vergleichen. Die wichtigste Gruppe der Ruhrbergarbeiter ist und bleibt die Gruppe der Sauer und Bedingeschlepper. Der Durchschnittslohn dieser Arbeiterkategorie betrug im Jahresdurchschnitt 1913 rund 6,75 Mk. Er stieg im 1. Vierteljahr 1926 (für das 1. Vierteljahr 1927 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor) auf 8,80 Mk. oder um 31,7 Prozent. Unter Berücksichtigung der um rund 45 Prozent gestiegenen Kosten für die gesamte Lebenshaltung im 1. Vierteljahr 1926 gegenüber dem Jahre 1913 sank jedoch das Realeinkommen auf 6,13 Mk. oder betrug nur 91 Proz. des Lohnes der Vorkriegszeit. Für etwaige Zweifel an der

unbedingten Notwendigkeit einer Lohnerhöhung

mag dieses Beispiel genügen. Aber nicht nur die Löhne erfuhren eine Steigerung, sondern in fast demselben Ausmaße auch die Kohlenpreise. Für die Tonne Zettförderkohle wurden im Jahre 1913 ab Beche 12 Mk. gezahlt. Der jetzt gültige Preis, gleichfalls ab Grube, beträgt 14,87 Mk. Er ist rund 25 Prozent höher wie im Jahre 1913, so daß schon allein durch diese Preissteigerung die Lohnerhöhung von insgesamt 31,7 Prozent fast ausgeglichen wird. Durch die gewaltig gestiegene Produktion der Nebenanlagen bei gleichzeitiger Preissteigerung der Nebenprodukte wird die Differenz zwischen Lohn- und Kohlenpreiserhöhung nicht nur ausgeglichen, sondern auch noch überfliegen, soll aber in diesem Zusammenhang nicht weiter erörtert werden.

Bei der Prüfung der Durchführbarkeit der geforderten Lohnerhöhung ist neben Lohnanteil und Kohlenpreis in erster Linie

die je Mann und Schicht geförderte Kohlenmenge, kurz Förderanteil genannt, ausschlaggebend. Der Förderanteil je Mann und Schicht zeigt im Ruhrbergbau folgende Entwicklung:

Durchschn. 1913	Sauer		Sauer und Bedingeschlepper		Untertagebelegschaft		Gesamtbetrag ohne Nebenbetr.	
	Kg.	%	Kg.	%	Kg.	%	Kg.	%
Januar 1927	2443	132,41	2165	123,01	1387	110,47	1141	121,—

Obige Aufstellung spricht Bände und gibt Aufschluß über die Tatsache, daß mit einer gegenüber 1913 verkleinerten Belegschaft heute bedeutend mehr Kohlen gefördert werden. Die Unternehmer führen diese Tatsache auf die forcierte Einführung von neuen Maschinen und sonstigen technischen Hilfsmitteln, kurz gesagt: auf die Rationalisierung zurück. Wenn dies auch nicht abgestritten werden kann, so soll doch man nicht zuletzt die eingetretene Leistungssteigerung der größeren Arbeitsintensität der Arbeiter zurechnen. Selbst die „D. Bergw.-Ztg.“ hat in einer schwachen Stunde auf diese Tatsache hingewiesen.

Von den Unternehmern wird geltend gemacht, daß die Mehreinnahmen auf Grund der Leistungssteigerung von den durch die Rationalisierung bedingten Mehrausgaben aufgewogen werden. Demgegenüber muß betont werden, daß sie in ihren Selbstkostenberechnungen Materialpreise und Abschreibungen einsehen, deren Höhe eine angemessene Verzinsung und Amortisation der für diesen Zweck ausgemessenen Summen verbürdet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß

die Entwicklung der Löhne

mit der Entwicklung des Förderanteils unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Preise nicht gleichen Schritt gehalten hat, was aus folgender Berechnung ganz klar hervorgeht. Wie anfangs ausgeführt wurde, betrug der Förderanteil der Sauer im Jahresdurchschnitt 1913 = 1845 Kg. je Mann und Schicht, der Wert der geförderten Kohle je Mann und Schicht bei einem Preise von 12 Mk. je Tonne Zettförderkohle 22,14 Mk. Im Januar 1927 wurden je Sauer und Schicht 2143 Kg. Kohle gefördert. Unter entsprechender Berücksichtigung des gestiegenen Kohlenpreises belief sich der Wert der geförderten Kohle je Sauer und Schicht aber auf 36,33 Mk., was einer Wertsteigerung von 14,19 Mk. oder um rund 61 Prozent entspricht, der jedoch für den gleichen Zeitraum nur 31,7 Prozent Lohnsteigerung gegenübersehen.

Aus vorstehend Gesagtem geht unzweifelhaft hervor, daß die Löhne der Bergarbeiter erhöht werden müssen, wenn sich die Konkurrenzfähigkeit der breiten Masse und mit ihr die gesamte Wirtschaft heben soll, daß sie aber auch erhöht werden können, da zwischen Wert- und Lohnsteigerung eine Differenz von über 30 Prozent besteht, die heute fast ausnahmslos den Unternehmern zugute kommt. Der Erfolg der Rationalisierung darf sich nicht nur durch Erhöhung der Ausbeute auswirken, sondern durch Verbesserung der Lebenslage der Hand- und Kopparbeiter, der Träger der deutschen Wirtschaft.

Berücksichtigt man ferner, daß auch nach der verschiedenen Qualität der Stücke besondere Sorten abgefordert werden und daß jede einzelne Gruppe bis zu acht verschiedene Größen aufweist, so wird es klar, daß die Gesamtzahl der Sorten recht erheblich sein muß; sie beträgt etwa 250.

Ueber die Höhe der Produktion in den Jahren 1913 und 1925 unterrichtet nachstehende Zahlentafel (in Kilogramm):

Rohbernstein:	1913	1925
Förderung	435 185	497 555
Anfall von Strandstein und Abfällen der Bernsteinwarenfabriken	57 508	50 019
Geschmolzener Bernstein	235 676	251 732
Bernsteinäure	1 039	7 211
Bernsteinöl	56 000	45 900

Daraus ist ersichtlich, daß die Gewinnung in den wichtigsten Produkten gegenüber der Vorkriegszeit eine starke Steigerung erfahren hat. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die blaue Erde nicht mehr wie vor dem Kriege im bergmännischen Tiefbau, sondern im Tagebau gewonnen wird. Der Übergang zum Tagebau, der im Jahre 1923 vollendet wurde, mußte vorgenommen werden, weil nur er es ermöglicht, die blaue Erde in ihrer ganzen Mächtigkeit abzubauen, was beim Tiefbau wegen der Wasserschwierigkeiten, die von den unmittelbar über der blauen Erde lagernden Schwimmsandstücken verursacht wurden, nicht möglich war.

Der Tagebau, der mit leistungsfähigen maschinellen Einrichtungen in modernster Weise betrieben wird, gestattete eine bedeutende Erhöhung der Fördermenge, was wegen der starken Nachfrage nach gewissen Rohbernteisorten dringend notwendig war.

Leider hat der Abfall in den übrigen Rohbernteisorten und im Preßbernstein mit der Produktionssteigerung nicht gleichen Schritt gehalten, so daß viel auf Lager genommen werden mußte. Nachahmungen von Bernstein sind bisher noch nicht geübt, werden auch wohl nie glücken in einer Weise, die an Schönheit der Farbe und Zeichnung, an Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen chemische Einflüsse mit dem Bernstein wettsitzen könnte. Die Ersatzstoffe, nämlich hauptsächlich Kunstharze, wie z. B. aus Karbolsäure hergestellte Stoffe, sind namentlich deshalb dem Bernstein nicht ebenbürtig, weil sie sich nach kurzer Zeit unter dem Einfluß von Licht und Luft mit einer unansehnlichen Schicht überziehen, die von dem ursprünglichen vielleicht ganz hübschen Aussehen nichts mehr ahnen läßt. Immerhin ist es aber, solange sie neu sind, für den Laien schwer, sie vom echten Natur- oder Preßbernstein zu unterscheiden, und so kommt es, daß diese minderwertigen, lichtempfindlichen und wegen ihrer Herstellung aus Karbolsäure vielleicht sogar gesundheitsgefährlichen Stoffe vielfach in betrügerischer Absicht zu hohen Preisen als echter Bernstein verkauft werden. Natürlich gibt es eine Anzahl Erkennungsmerkmale und Prüfungsverfahren, um diese Fälschungen vom echten Natur- und Preßbernstein zu unterscheiden.

Der Abbau im Tagebau geschieht in der Weise, daß mittels gewaltiger Bagger die ganze Masse des über der blauen Erde liegenden Deckgebirges abgeräumt und dann die hierdurch freigelegte blaue Erde auf dieselbe Art hereingewonnen wird. Die Bagger schütten das Gut in Kippwagen von 5 Kubikmeter Inhalt, die mittels Lokomotiven fortgeführt werden, und zwar wird das Deckgebirge, soweit es nicht kleinere Reste von Bernstein enthält, die erst durch Wäschen herausgewonnen werden müssen, vom Rande der jamländischen Steilküste ins Meer gekippt, während die aus der Blaueerdegewinnung stammenden Wagenzüge der Wäsche zugeführt werden.

In der Wäsche werden die Wagen mit der blauen Erde auf starke eiserne Kofen ausgestellt, auf denen die blaue Erde durch fräftige Druckwasserstrahlen von dem in ihr enthaltenen Bernstein gelöst wird. Die so gebildete Trübe, die die Bernsteinstücke schwimmend mit sich führt, fließt durch eine Anzahl geneigter, offener Rinnen. In ihnen sind Siebe angebracht, welche immer enger und feiner werden und die Bernsteinstücke zurückhalten, während die Trübe ins Meer fließt.

Der auf diese Weise roh gewaschene Bernstein wird dann in der Reinwäsche mittels verschiedener einfacher Vorrichtungen von den letzten Resten der noch anhaftenden blauen Erde und auch von einem Teil der Vermittlungsrinde, die den rohen Stein umgibt, befreit.

Der auf diese Weise gereinigte Rohbernstein ist nur zum kleineren Teil für die Verarbeitung zu den allgemein bekannten Schmuck- und Gebrauchsgegenständen geeignet. Der größere Teil, etwa 80 Prozent der Gesamtmenge, ist für diesen Zweck zu kleinlich oder zu sehr verunreinigt. Diese weniger wertvollen Sorten werden in einer besonderen Schmelzfabrik geschmolzen und daraus das Bernsteinolophon, auch einfach „geschmolzener Bernstein“ genannt, ferner Bernsteinöl und Bernsteinäure hergestellt. Während diese letzten Erzeugnisse für verschiedene chemische und medizinische Zwecke begehrt sind, dient das Bernsteinolophon als Rohstoff für die Herstellung der echten Bernsteinlade, die wegen ihrer hervorragenden Eigenschaften, namentlich der großen Härte, schon seit langer Zeit einen ausgezeichneten Ruf genießen.

Die größeren und reineren Sorten werden der am Sitze der Hauptverwaltung der Bernsteinwerke in Königsberg eingerichteten Sortiererei übergeben, von wo sie, den zahlreich vorhandenen Verwendungszwecken entsprechend, in eine sehr große Anzahl verschiedener Handelsorten zerlegt werden. Die Sortierung geschieht nach Farbe, Form und Größe. Man unterscheidet „Maren“ Bernstein, der völlig durchsichtig ist, „flomigen“ Stein, der ebenfalls klar ist, jedoch leichte, wolkige Trübungen zeigt, „Bastard“ von durchscheinend trübem Aussehen und „hochigen“ Stein, der vollkommen undurchsichtig und weiß aussehend.

Der Form nach trennt man die Bernsteinstücke hauptsächlich in runde und flache Sorten, unter denen weiterhin noch mehrere Untergruppen unterschieden werden.



Etwas vom Bernstein.

Bernstein wird fast nur in Deutschland in größeren Mengen gefunden. Von altersher ist Bernstein eine beliebte Handelsware gewesen, schon die römischen Kaiser sandten Expeditionen nach Ostpreußen, um ihn zu holen. Das Eigentum an gefundenem Bernstein behielt sich jeinerzeit der deutsche Ritterorden vor. Daraus entstand das staatliche Bernsteinregal, das noch heute besteht. Das Regal wurde verpachtet, dann staatlich verwaltet, aber 1811 wieder verpachtet. Die Verpachtung an die Strandgemeinden führte aber zu Kaubhau und Küstenschädigung, so daß seit 1867 den Gemeinden nur noch das Bernsteinleihen am Strande und das Schöpfen und Stechen aus der See überlassen wurde. Die übrigen Gewinnungsarten wurden einem Unternehmen Stantien & Söder in Königsberg überlassen. Die Firma gewann den Bernstein durch Tauchen, Baggern, bergmännischen Tage- und Tiefbau. Die Nacht brachte dem Staat bis zu 837 000 Mk. im Jahre ein. Aus der Bernsteinorganisierte die Firma gut. 1899 kaufte der preussische Staat der Firma ihre Anlagen und Handelsbeziehungen mit einem Bernsteinbestand von 3 Millionen Mark für 9 1/2 Millionen Mark ab. Auch die Verpachtung an die Strandgemeinden wurde aufgehoben, gesunder Bernstein muß an die staatlichen Bernsteinabnehmer abgeliefert werden, wofür ein erhebliches Fundgeld gezahlt wird.

Der Bernstein ist ein Harz von Nadelbäumen der Tertiärzeit, das durch Einwirkung der Sonnenwärme bzw. verschiedenen Gefahr und geklärt wurde. Der Sandboden mit dem abgetropften Bernstein wurde später vom Meer überflutet, weggespült und an anderen Stellen als die jetzigen blauen Erde abgelagert. Diese Schicht bildet heute den Gegenstand der bergmännischen Gewinnung. Sie erstreckt sich von einem 30 bis 40 Meter mächtigen Deckgebirge jüngerer Schichten überlagert, in am näheren jünger (Hörsing) Lagerung und mit bis zu etwa sechs bis acht Metern Mächtigkeit über einen großen Teil des westlichen Samlands, jener Landstrich, die zwischen Königsberg, Willau, dem Vorgebirge Bräutertort und dem Seebad Grauz eine vom Frischen Ost und der Ostsee umspülte Halbinsel bildet.

Die blaue Erde enthält die Hauptmenge des heute in den Handel kommenden Bernsteins. Sie wird in einem bei Ralmünden an der westlichen Samlandküste gelegenen großen Tagebau bergmännisch abgebaut.

Die Gewinnung des Bernsteins geschieht heute zu rund neun Zehnteln der Gesamtmenge aus dem Tagebau der Bernsteinwerke bei Ralmünden, während etwa ein Zehntel durch Lejen am Strand und durch Schöpfen und Stechen aus der See gewonnen werden.

Arbeitsministerien

Totengräber der Knappschaff.

Die Versicherungspflicht in der Knappschaff wird nicht nur nach einem bestimmten Kreis von Personen, sondern auch nach einem solchen von Betrieben abgegrenzt. Versicherungspflichtig sind nur Arbeitnehmer, die in einem knappschafflichen Betriebe beschäftigt werden. Der Begriff „knappschaffliche Betriebe“ wird im § 2 des KAG näher umschrieben. Danach sind knappschaffliche Betriebe schlichthin alle Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch gewonnen werden. Salinen und die Betriebe der Industrie der Steine und Erden sind nur bedingt knappschaffliche Betriebe, und zwar nur dann, wenn sie überwiegend unterirdisch betrieben werden. Außerdem werden als knappschaffliche Betriebe Betriebsanlagen und Gewerkschaften angesehen, die als Nebenbetriebe von knappschafflichen Betrieben gelten und mit diesen räumlich und betrieblich zusammenhängen. Entstehen Zweifel darüber, ob ein Betrieb knappschafflich ist oder nicht, so hat der Reichsarbeitsminister das Recht der Entscheidung.

Vorher jedoch der Minister die Entscheidung fällt, muß er die zuständige oberste Landesbehörde und die Reichsknappschaff hören. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Entscheidungen hat der Vorstand der Reichsknappschaff aus seiner Mitte Gutachter bestimmt, die stets die zweifelhaften Betriebe an Ort und Stelle besichtigen und ihr sachverständiges Urteil abgeben. Der weitaus größte Teil dieser Gutachten fand im Vorstand der Reichsknappschaff einstimmige Annahme. In den ersten Jahren des Bestehens des KAG hat auch der Reichsarbeitsminister sachgemäße Entscheidungen getroffen. Als jedoch das KAG am 1. Juli 1926 abgeändert wurde, scheint man

im Reichsarbeitsministerium sich völlig umgekehrt

zu haben, da in letzter Zeit Entscheidungen getroffen wurden, die das Kopfschütteln aller sachverständigen Kreise erregen. Die Bergleute fragen sich, was denn eigentlich eingetreten ist, daß das Reichsarbeitsministerium diese Stellung einnimmt. Die Aenderung des KAG ist in dieser Beziehung nicht so wesentlich. Es sind lediglich zwei neue Bestimmungen aufgenommen worden. Die eine besagt, daß der Reichsarbeitsminister knappschaffliche Betriebe von geringem Umfange, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch gewonnen werden, von der Knappschaffspflicht befreien kann, wenn die Mehrheit der Arbeiter nach geheimer Abstimmung und der Arbeitgeber einen diesbezüglichen Antrag stellen und besondere Umstände die Befreiung rechtfertigen. Die zweite läßt zu, daß Betriebe der Industrie der Steine und Erden auch ohne Rücksicht auf die Größe des Betriebes unter den gleichen Voraussetzungen befreit werden können, wenn nicht besondere Umstände die Versicherung rechtfertigen.

Die Verwirrung, die gegenwärtig im Reichsarbeitsministerium bezüglich der Befreiungsmöglichkeit herrscht, ist nach unserer Auffassung in erster Linie darauf zurückzuführen, daß den zuständigen Referenten, die diese Fragen zu bearbeiten haben, das Bergbauwesen ein Buch mit sieben Siegeln ist, von dem sie auch nicht die geringste Ahnung haben, so daß sie

die Begriffe Mineralien und Steine und Erden

durcheinanderwerfen und schließlich die Entscheidung nicht nach sachgemäßer Erwägung, sondern nach irgendeinem unbestimmten Gefühl des Rechts oder Unrechts treffen. Es ist das Verhängnis des KAG, daß die übrigen Rechtsverhältnisse des gesamten deutschen Bergbaues nicht ebenso in einem Reichsgesetz geregelt sind wie die Sozialversicherung des Bergbaues. Gegenwärtig gelten noch die alten Berggesetze der früheren 26 Vaterländer, so daß noch ein großes Durcheinander in dieser Beziehung besteht. Bei der Beurteilung der Frage, ob in einem Betriebe Mineralien oder Steine und Erden gewonnen werden, wird man mit den verschiedenen Berggesetzen nicht viel anfangen können. Es muß hier die bergmännische Erfahrung und die hierauf bezugnehmende Fachwissenschaft zu Hilfe gezogen werden. Wenn man mit Hilfsmitteln dieser Art an die Beurteilung der Entscheidungen des Reichsarbeitsministers herantritt, so muß man feststellen, daß er Entscheidungen getroffen hat, die gegen das Gesetz verstoßen. Der Minister kann nach dem Gesetz nur solche Betriebe als nicht knappschafflich erklären, deren Knappschafflichkeit zweifelhaft ist. Einen Betrieb, in dem ein Stoff gewonnen wird, der in der Wissenschaft

und der bergmännischen Praxis als Mineral gilt, kann er gar nicht von der Knappschaffspflicht befreien, wenn es nicht ein ganz kleiner Betrieb ist. Er hat aber in letzter Zeit dies in mehreren Fällen getan.

Wie im Reichsarbeitsministerium gegenwärtig gearbeitet

wird, mag aus dem Verhalten des Ministeriums gegenüber dem bayerischen Graphitbergbau ersehen werden. Graphit ist unzweifelhaft ein Mineral. Im preussischen Berggesetz wird er als solches aufgeführt. Er wird sogar zu den sogenannten organischen Mineralien gerechnet. Ob man ein z-beliges Lehrbuch über Mineralogie, das Handwörterbuch der Naturwissenschaften, das Lehrbuch über Bergbaukunde von Prof. Heise-Herbst oder sonst ein Buch über Mineralien und Bergbau zur Hand nimmt, überall findet man, daß Graphit zu Mineralien gezählt wird. Aber auch jeder Bergmann, der ein Stück Graphit zur Hand nimmt, ist sich sofort darüber klar, daß er es mit einem Mineral und nicht mit einem Stein zu tun hat. Der bei Passau vorkommende Graphit liegt in einer Tiefe bis zu 100 m und darüber. Es müßten demzufolge regelrechte Schächte abgeteuft werden, um zu ihm zu gelangen. Seine Gewinnung erfolgt auf eben solche bergmännische Art wie die Gewinnung jedes anderen Minerals in größerer Tiefe. Die beiden Gutachter der Reichsknappschaff, Bergassessor Vielegang (Kassel) und Kamerad Viktor, haben einstimmig ihr Gutachten dahin abgegeben, daß der Graphitbergbau bei Passau unzweifelhaft knappschaffspflichtig ist. Was tut aber der Reichsarbeitsminister? Er teilte den Graphitwerkern mit, daß er sich dafür einsetzen wolle, daß sie bis zu seiner Entscheidung keine Beiträge zahlen brauchten. Und dann rief er

eine Konferenz nach Nürnberg

ein, in der lang und breit darüber gesprochen wurde, ob die Betriebe des Graphitbergbaues nicht zu den Betrieben der Industrie der Steine und Erden gehörten. Als Kamerad Viktor das mit aller Bestimmtheit verneinte und auch den Feld-, Fuß- und Schwerspat als Mineralien bezeichnete, riefen ihm die Vertreter der bayerischen Unternehmer höhnisch zu, er möge ein neues Lehrbuch über Mineralogie herausgeben. Nun, diese Herausgabe ist gar nicht notwendig, denn in den bereits vorhandenen Lehrbüchern wird das gleiche behauptet. Als Beispiel für diese Tatsache sei hier angeführt, was im Handwörterbuch der Naturwissenschaften als Mineralien aufgezählt wird. Dort werden folgende benannt:

1. Wesentliche Mineralien der Eruptivgesteine: 1. Feldspatgruppe, 2. Gruppe der Feldspatvertreter, 3. Quarz, 4. Glimmergruppe, 5. Pyroxen- und Amphibolgruppe, 6. Olivingruppe, 7. Turmalingruppe, 8. Titanit, 9. Uvavit und Zirkon, 10. Erze.
11. Wesentliche Mineralien der Sedimente: 11. Kaolin und Ton, 12. Eisenhydroxid, 13. Carbonate, 14. Glimmer, Thunungit, Chamosit, 15. Dol. 16. Steinfall, Ebel- oder Kalkfalle u. a.
111. Wesentliche Mineralien der metamorphen Gesteine: 17. Chlorit, Serpentin, 18. Talk, 19. Staurolithgruppe, 20. Granatgruppe, 21. Zeolith-Epidot-Reihe, 22. Beryllian, 23. Staurolith, 24. Cordierit, 25. Andalusit, Sillimanit, Disthen, 26. Eisenglanz, 27. Kutil, Anatas, Brookit, 28. Graphit.

Übrigens verriet am Schlusse der Besprechung der Vertreter der Graphitwerke selbst, daß er Graphit nicht zu Steine und Erden zählt, denn er drohte, daß, wenn sein Wert nicht befreit würde, er die Grube mit 150 Arbeitern verlassen und die „Erze“ von Kleinbetrieben beziehen wolle. Unbewußt war ihm also entfahren, daß er selbst Graphit zu den Erzen zählt. Dem Minister hat er jedoch weiszumachen versucht, daß Graphit nur Stein ist. Scheinbar hat man auch im Reichsarbeitsministerium dieser Behauptung geglaubt, sonst wäre es nicht zu verstehen, daß überhaupt eine solche Konferenz einberufen wurde.

Daß bei der gegenwärtigen Einstellung des Reichsarbeitsministeriums zur Knappschaffspflicht der Betriebe alle möglichen Betriebe glauben, aus der Knappschaff auszcheiden zu können,

ist nicht weiter verwunderlich. Die Anträge auf Befreiung haben einen ziemlich großen Umfang angenommen. Auch solche Betriebe, deren Knappschaffspflicht von den Sachverständigen früher festgestellt wurde, kommen jetzt erneut mit Anträgen, weil sie Morgenluft wittern. Wird der Minister wie bisher den Anträgen nachzugeben, so bedeutet das den Tod der Knappschaff. Sie

kann nicht auf die Dauer lebensfähig bleiben, wenn man ihr alle neu in die Knappschaffspflicht aufgenommenen Betriebe abjagt und nur die alten mit großen Lasten überläßt. Meindert der Reichsarbeitsminister seine Einstellung nicht, so wird er von den Bergarbeitern als der Totengräber der Knappschaff angesehen werden müssen.

Wir wissen, daß diese Kritik von einzelnen Herren im Reichsarbeitsministerium wieder als Zweifel am guten Willen aufgefaßt wird. Das bedeutet sie vorläufig jedoch nicht.

Der gute Wille wird nicht abgesprochen.

Aber mit dem guten Willen allein ist es auch nicht getan, es muß zumindest auch Sachkenntnis hinzukommen. Die Verwirrung kann nach unserem Dafürhalten gehoben werden, wenn im Reichsarbeitsministerium, das so schwerwiegende Entscheidungen für die Knappschaff und den Bergbau zu treffen hat, ein Bergfachmann die diesbezüglichen Angelegenheiten bearbeitet. Es läßt sich nämlich bereits fest nachweisen, daß bei den Behörden, in denen Bergfachverständige die Angelegenheit bearbeiten, deren gutachtliche Meinungen mit denen der Gutachter der Knappschaff meist übereinstimmen.

In den Fällen, in denen der Minister durch seine falschen Entscheidungen uns vor vollendete Tatsachen gestellt hat und es feststeht, daß der betreffende Betrieb ein knappschafflicher Betrieb ist, weil in ihm Mineralien bergmännisch gewonnen werden, müssen die Kameraden, die in der Knappschaff bleiben wollen, den Klageweg beschreiten. Die Sache muß dann, wenn es notwendig ist, bis zum Knappschaffszenat gebracht werden. Dieser wird gegebenenfalls entscheiden, ob die Knappschaffsversicherungspflicht noch weiter besteht oder nicht.

Um das Knappschaffskrankenhaus in Bottrop.

Vor ungefähr zwei Jahren hat die Ruhrknappschaff in Bottrop den Bau eines Krankenhauses begonnen. Der Zweckverband konfessioneller Krankenhäuser, dem dieser Bau wider den Strich ging, hat daraufhin alles hintangefetzt, um den Bau des Krankenhauses zu verhindern, weil angeblich die Lebensfähigkeit der konfessionellen Krankenhäuser gefährdet wurde. Man wollte der Ruhrknappschaff nur „anständig“ gestatten, ein Fachkrankenhaus für Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten zu errichten. Da ein auf so enges Gebiet beschränktes Krankenhaus zu kostspielig war, hat die Ruhrknappschaff abgelehnt, sich so einengen zu lassen.

Der Reichsarbeitsminister, der vom konfessionellen Zweckverband als Beschwerdeinstanz angerufen wurde, entschied im Sinne des Zweckverbandes. Er unterlagte der Ruhrknappschaff unter Androhung von Strafe den Weiterbau, weil die bestehenden konfessionellen Krankenhäuser bedroht würden. In der Zwischenzeit hat jedoch der Zweckverband selbst lustig weitergebaut. Angesichts dieser Tatsache beschloß der Vorstand der Ruhrknappschaff gegen die Stimmen der Vertreter des christlichen Gewerksvereins und der Angestelltenvertreter des GbM, eine erneute Eingabe um Genehmigung des Weiterbaues zu machen.

Nachstehend lassen wir die Eingabe, aus der die Kameraden alles übrige ersehen können, folgen:

„In der Frage der Erbauung eines Knappschaffskrankenhauses in Bottrop hat die Ruhrknappschaff in ihrer Eingabe vom 17. März 1926 den Gang der Verhandlungen mit den örtlichen Krankenhäusern bezw. dem Zweckverband des Ruhrbezirks ausführlich dargelegt und die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit eines solchen Krankenhauses unter Beifügung einer Ergänzung der Denkschrift der Ruhrknappschaff: „Zum Krankenhausbau im Ruhrkohlenbezirk“ eingehend begründet. Nachdem in dem Bescheide des Herrn Reichsarbeitsministers vom 27. März 1926 dann lediglich die Genehmigung zur Errichtung eines Fachkrankenhauses für äußere Tuberkulose und für Haut- und Geschlechtskrankheiten in Aussicht gestellt worden war, hat die Ruhrknappschaff in ihrer Eingabe vom 16. April 1926 erneut die Gründe dargelegt, die gegen die Errichtung eines Krankenhauses mit demart eng umgrenzter Zweckbestimmung sprachen. Durch Bescheid des Herrn Reichsarbeitsministers vom 11. Mai 1926 ist jedoch eine Aenderung der Entscheidung vom 27. März mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Ruhrknappschaff den Beweis einer Aenderung der maßgebenden Verhältnisse nicht erbracht habe und auch nicht werde erbringen können.“

In der Zwischenzeit sind jedoch Umstände eingetreten, die es für die Ruhrknappschaff als unabweisbare Pflicht erscheinen lassen,

Namentlich die verschiedene Lichtbrechung ist ein sicheres Kennzeichen, das aber nur vom Fachmann, der mit den nötigen Hilfsmitteln ausgerüstet ist, angewandt werden kann. Die elektrische Eigenschaft des Bernsteins, Papierstängel anzuziehen, wenn er mit Wolle gerieben wurde, ist heute als ein sicheres Kennzeichen nicht mehr zu gebrauchen, da die Kunstharze diese Eigenschaft zum Teil ebenfalls aufweisen. Immerhin kann man sagen, daß, wenn diese Eigenschaft fehlt, keinesfalls echter Bernstein vorliegt. Von großer Bedeutung ist ferner die Feststellung, ob der zu untersuchende Stoff in einer gesättigten Kochsalzlösung 27 Proz. schwimmt oder unterinkt. Sinkt er unter, so ist er unter seinen Umständen echter Natur- oder Preßbernstein.

Die soziale Forderung als Gespenst.

Ein französischer Millionär, dem der Genuß aller Schönheiten des Lebens offen stand, war mit seiner Frau in Konflikt geraten, weil sie sich nicht einigen konnten über die Veranstaltung eines Maskenballes in ihrem Hause. Alle Vorschläge der Millionärs-Gattin, dem zu veranstaltenden Maskenball das Gepräge eines Paden- oder Zigeunerballes zu geben, wurden von dem verwehnten Gatten abgelehnt. Der Millionär war der Auffassung, daß der Maskenball nach einer blendenden Idee veranstaltet werden müsse und der Maskenball damit ein Schlager werden sollte nach amerikanischem Muster, von dem ganz Frankreich sprechen sollte. Er machte deshalb seiner Gattin den Vorschlag, dem Maskenball das Gepräge eines Bergarbeiterballes zu geben. Die Gattin nahm ganz scharf gegen diesen Vorschlag Stellung, da nach ihrer Auffassung ein solcher Ball viel zu ärztlich aussehe und die ganze Gesellschaft diese Veranstaltung meiden würde. Der Millionär erklärte jedoch auf seinem Vorschlag und setzte der Gattin ausbleibend jedoch auf diesem Bergarbeitermaskenball nun nicht einander, daß man auf diesem Bergarbeitermaskenball nun nicht in dem wirklichen schätzbaren Anzug eines Bergarbeiters zu erscheinen brauche, sondern daß sich hierfür auch sehr leicht Kostüme in Samt und Seide anfertigen ließen. Nach dieser Auslegung erklärte sich auch die Gattin des Millionärs mit der Veranstaltung des Bergarbeitermaskenballes einverstanden.

Die Einladungen wurden nunmehr zu diesem Fest vertrieht. Die Gattin des Millionärs hatte endlose, schwierige Konferenzen mit ihren Schneidern und Schneiderinnen über die Lösung der Kostümfraße zu diesem Bergarbeitermaskenball. Der Millionär verstand keine ganze Zeit und arbeitete im Schweiße seines Angesichts am Studium aller literarischen, dramatischen und sozio-

logischen Werke über die Bergarbeiter. Obgleich zu seinen Besichtigungen auch Bergwerke gehörten, hatte er sich nie für die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter interessiert.

Am dem festgesetzten Abend wickelte sich das Fest auf die blendendste Weise ab. Die Salons und Räume zu diesem Fest waren mit schwarzer Wandbespannung und angedeutetem Balkenwerk bergwerkstänig ausgestattet, und unter den durch Schleier abgedämpften Ampellichtern mochte eine Menge von eleganten und proletarischen Eisen- und Kohlenarbeitern. Der Millionär leitete gemeinsam mit seiner Gattin den Empfang der Gäste. Unter den Gästen wimmelte es von schmuddelveräpften Bergarbeiterinnen. Eine Dame als Grubenlicht und ein Herr als schlagendes Wetter hatten sehr großen Erfolg. Dieser Maskenball verlief sehr lustig, wurde als sehr gut gelungen betrachtet und fand allgemeine Anerkennung von den erschienenen Gästen. Nach längerem Verlauf des Festes rückte die Zeit der Demaskierung heran. Mit einem Male erlosch das elektrische Licht. Erst hörte man nur ein leises Gemurmel der Überraschung, dann Gelächter. Plötzlich ertönte ein Schuß. Am äußersten Ende des Saales war ein Revolver abgefeuert worden, ein Feuerstreifen blühte durch das Dunkel. In der Ecke, aus der der Schuß gekommen war, sah man auf einem Tisch einen Mann stehen. Er war maskiert und so schlecht gekleidet wie ein wirklicher Bergarbeiter, und seine Mütze sah ihm tief im Gesicht. In der linken Hand hielt er einen noch rauchenden Revolver, mit dem er den Kreis der Gäste bedrohte, die ihn entsetzt anstarrten. In der rechten Hand schwang er etwas Zylindrisches aus Metall, das wie eine Konservendose ausah, und brüllte: „Das bin ich! Ich war nicht eingeladen, aber ich komme trotzdem! Ich bin die soziale Forderung und ich habe bei dem Feste gefehlt, nicht wahr? Und ihr habt wirklich geglaubt, daß es so abgehen wird und daß ihr euch aus den armen Teufeln, die in ihren Löchern verreden können, Narren machen könnt, ohne daß ein einziger von uns Bergarbeitern herkommt, um euch den Standpunkt klarzumachen? Versucht nur gar nicht, hier zu entkommen. Es ist alles auf verriegelt und draußen warten die Kameraden, lauter feste Kerle mit ihren Revolvern und Bomben, genug, um euch alle in die Luft zu sprengen. Hier kommt keiner davon, ihr nicht und ich nicht. Wir werden euch lehren, die Not des Volkes zu beschimpfen. Ich spiele auch meine Rolle. Ich bin auch maskiert als Tod auf der Stelle. Achtung auf die Bombe, es lebe die Anarchie!“

Leichenbläß unter seiner schwarzen Maske, drohte dieser maskierte Bergarbeiter mit seinem Revolver und der Metalldose, die er gegen die entsetzte Menge schwang. Mit wahrhaftigen Entsetzensschreien fielen Frauen in Ohnmacht und die vor Angst schlitternden Männer blinzelten in der Erwartung der tödlichen Explosion nach der über ihnen schwebenden Gefahr. Aber plötzlich richtete sich hinter dem maskierten Bergmann ein unergründlicher Diener auf. Er war die Wand entlang geschlichen, umarmte den Anarchisten in herkulischer Umarmung von rückwärts und entriß ihm die Bombe, die, ohne zu plagen, durch die Fensterreihe in

den Garten flog. Der Revolver lag am Boden. „Lassen Sie mich los, Sie Idiot“, rief der maskierte Bergarbeiter, aber seine Stimme verlor sich in dem wütenden Gebrüll der Gäste, die sich nunmehr auf den kampfunfähig gemachten maskierten Bergarbeiter stürzten. Eine ganze Gruppe fiel über ihn her und schlug ihn wütend nieder. Da machte sich die Gattin des Millionärs auf und schrie wie wahnsinnig: „Halt, halt! das ist ja kein wirklicher Anarchist, sondern das ist mein Mann, der sich verkleidet hat! Es sollte eine Liebererziehung sein, ein von ihm selbst erdachter amerikanischer Schlager!“ Nur durch das Eingreifen der Gattin war der Millionär davor bewahrt worden, von seinen eigenen Gästen halb totgeschlagen zu werden.

Die „Deutsche Invaliden-Zeitung“, der wir vorstehenden Auszug entnehmen, hängt demselben nachfolgenden Kommentar an, dem wir nichts mehr hinzuzufügen brauchen:

„Wenn uns auch die Einzelheiten darüber nicht interessieren, wie die besitzenden Kreise ihre Vergnügungs- und Verjüngungsanstrengungen betreiben, so hat doch das Vorkommnis, wie die Gesellschaft sich zu dem Auftreten der sozialen Forderung auf diesem Maskenball stellte, viel Ähnlichkeit mit Vorgängen, die die gesamte Arbeiterbewegung bei der Durchführung des sozialen Kampfes erlebt. Bei dem Kampf der werktätigen Bevölkerung einschließlich der Sozialhilfebedürftigen um ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen betrachten so oft die besitzenden Kreise die sozialen Forderungen als Gespenst. Wenn die Arbeiter Forderungen stellt auf höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Gewährung eines entscheidenden Mitbestimmungsrechtes im Wirtschaftsprozess, wenn die Hilfsbedürftigen höhere Renten und Unterstützungen verlangen, dann sieht sich so mancher Besizende in seinem Besitztum und in seinem Wohlbehinden bedroht. Die soziale Forderung erscheint unseren reichen Leuten als ein Gespenst, das ihnen plötzlich vor Augen steht, wenn sie ihre Profite nachrechnen, die Bilanzen fristieren, neue Besitztümer erwerben wollen oder wenn sie sich auf einem öffentlichen Gebiet für die Verfechtung ihrer kapitalistischen Interessen einsetzen. Immer erscheint ihnen die soziale Forderung als Gespenst, die ihnen das Leben und die Befriedigung ihrer Profitgier fristig macht. Wer die Presse der sozialen Reaktion verfolgt, wird immer wieder finden, daß die Gegner des sozialen Fortschritts alle Mittel erwägen und erfinden, um der sozialen Forderung das Leben auszublauen. Am liebsten möchten die Reaktionäre, genau wie auf diesem maskierten Bergarbeiterball, die soziale Forderung totschlagen. Die werktätige Bevölkerung, insbesondere die Arbeitslosen und alle sonstigen Hilfebedürftigen, hat die Pflicht, die Verfechtung ihrer sozialen Forderungen nicht von profitgierigen und sozialen Reaktionären unterbinden zu lassen, sondern durch machtvolle und einheitlichen Zusammenstoß dafür zu wirken und zu kämpfen, daß die berechtigten sozialen Forderungen zur Durchführung gelangen.“

Ihren Antrag zu erneuern und mit allem Nachdruck auf Ver-
änderung des nach den heutigen Verhältnissen nicht mehr zutreffenden
Bescheide hinzuwirken.

Das Bedürfnis nach neuen Krankenhausbetten hat sich in der
allerletzten Zeit gesteigert. In den ersten Monaten dieses
Jahres, als der Gesundheitszustand infolge der Grippe eine
Abweichung von dem Normalen zeigte, sind von ärztlicher Seite
Verfälschungen aus Bottrop und Umgebung Klagen darüber zu-
gegangen, daß Verfälschungen, die von ihrem Bezirksarzt dem
Bottroper Krankenhaus überliefert waren, wegen Überfüllung
die Aufnahme verweigert wurde. Es zeigte sich also, daß
die vorhandene Bettenzahl, deren Unzulänglichkeit in Zeiten
günstigen Gesundheitszustandes vielleicht nicht allzu stark in
Betrachtung tritt, bei einer nur mäßigen Verschlechterung des
Gesundheitszustandes sich als völlig unzulänglich erweist.
Dies wird auch von den Krankenhäusern in Bottrop und Um-
gegend auf das deutlichste dadurch anerkannt, daß in diesem Bezirk
in letzter Zeit eine größere Anzahl neuer Betten geschaffen und
weitere Neu- oder Erweiterungsbauten in Angriff genommen
sind. Aus der anliegenden Skizze ist ersichtlich, welche Neu-
erstellung von Betten im Bezirke in den letzten Jahren vorge-
nommen ist. Man ersieht daraus, daß in einem Umkreise von
etwa 12 km um Bottrop eine große Anzahl neuer Betten ge-
schaffen worden ist. Trotzdem hat das Krankenhaus in Osterfeld
gerade jetzt einen Erweiterungsbau in Angriff genommen, der
einen Zuwachs von 130 Betten bringen soll, also eine erheblich
höhere Zahl, als wir nach unserem letzten Vorschlag von 5. März
1926 mit Kranken aus Bottrop und Umgegend belegen wollten
(75 Betten - vergl. Eingabe vom 17. März 1926).

Unter diesen Umständen kann es nicht begründet werden und
würde insbesondere auch in der Öffentlichkeit nicht verstanden
werden, daß die Ruhrknappschafft, die einschließlich der Familien-
angehörigen ihrer Versicherten rund 1 1/2 Millionen Personen be-
treut, nicht auch zu ihrem Teil an der Sicherung der Kranken-
hauspflege durch Erstellung neuer Betten sich beteiligen dürfte.
Eine Ablehnung dieser berechtigten Forderung würde bedeuten,
daß man für die Krankenhäuser im Ruhrgebiet eine Monopol-
stellung des Zweckverbandes schaffen wollte und infolgedessen die
Krankenkassen völlig von den Pflegeaufwendungen des Zweck-
verbandes abhängig machen.

Unter diesen Umständen hat im Februar 1927 der Zweckverband seine
Pflegefähige nicht unerheblich erhöht, und zwar in folgender Weise:

Table with 3 columns: Gruppe, bis 31. 1. 1927, seit 1. 1. 1927. Rows I-IV with values like 4,10 RM, 1,40 RM, etc.

Zu einer Teuerung der Bedarfsmittel kann der Grund für
diese Steigerung nicht gefunden werden, weil eine solche in letzter
Zeit nicht eingetreten ist. Die Steigerung ist vielmehr
zum größten Teil zurückzuführen auf die Kosten
der neu erstellten Betten, die die Ruhrknapp-
schafft auf diese Weise bezahlen muß, ohne in
den Besitz eines Gegenwertes zu gelangen.
Demgegenüber ergeben sich die Selbstkosten der Ruhrknapp-
schafft in ihren selbsterbauten Krankenanstalten aus der anliegen-
den Ergänzung der Denkschrift, die die weitere Entwicklung im
Jahre 1926 darstellt.

Auf Grund dieser veränderten Verhältnisse beantragen wir,
die Entscheidungen vom 27. März und 11. Mai 1926 einer erneuten
Nachprüfung zu unterziehen. Zwar sind wir der Auffassung, daß
die Verhältnisse die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines all-
gemeinen Krankenhauses von 300 Betten in vollem Umfange
erweisen haben. Wir sind jedoch nach wie vor bereit, uns zu-
gunsten der bestehenden Häuser auf die Befriedigung des äußersten
Bedürfnisses zu beschränken und im übrigen dem Hause eine be-
sondere Fachrichtung zu geben. Wir wiederholen daher unseren
Vorschlag, wie wir ihn bereits in der Sitzung vom 5. März 1926
gemacht haben, nach der die Zweckbestimmung des Krankenhauses
wie folgt umschrieben wird:

- 1. eine Abteilung zur Behandlung der Tuberkulose der Haut,
Gelenke, Knochen und Drüsen. Vorgeesehen sind für diese Ab-
teilung 100 Betten. Die Ruhrknappschafft verpflichtet sich
jedoch, im Bezirke keine weitere Station für äußere Tuberku-
lose einzurichten und nach Möglichkeit alle Fälle dieser Art
aus dem Bezirke der Station in Bottrop zuzuführen. Eine
eventuell größere Finanzmaßnahme der Station soll auf Kosten
der inneren Abteilung (Ziffer 3) erfolgen;
- 2. eine Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten, für die
50 Betten vorgeesehen werden. Auch hier würde eine größere
Finanzmaßnahme eine Verminderung der Betten der unter
Ziffer 3 genannten Abteilung zur Folge haben;
- 3. eine Abteilung für innere Krankheiten, für die höchstens 150
Betten in Frage kommen. Von diesen werden höchstens 75 mit
Kranken aus Bottrop und Umgegend belegt, während die
übrigen durch Kranke des ganzen Bezirkes belegt werden, die
insolge besonderer Fachrichtung des leitenden Arztes und be-
sonderer Ausstattung der Stationen hierher verlegt werden;
- 4. eine Isolierabteilung für 30 bis 50 Betten.

Wir möchten annehmen, daß bei Berücksichtigung dieser selbst
übernommenen Beschränkung irgendwelche triftige Gründe, die
bei objektiver Beurteilung der Sachlage zu einer Verjagung der
Genehmigung führen könnten, nicht mehr vorliegen, und be-
antragen daher, die Genehmigung zum Bau des Krankenhauses mit
der oben umschriebenen Zweckbestimmung baldmöglichst zu erteilen.
Nicht unerwähnt soll bleiben, daß für die Vorarbeiten und
Erdbarbeiten bereits ein nicht unerheblicher Betrag aufgewandt
worden ist. Diese Aufwendungen würden bei Nicht-
ausführung des Krankenhauses nutzlos veran-
fallen, während die gleichen Aufwendungen bei den projektierten
Bauten der konfessionellen Krankenhäuser an anderer Stelle noch-
mals wiederholt werden müßten.

Der Vorstand der Ruhrknappschafft.

Zur Unfallbekämpfung im Bergbau.

Der Gesamtbetriebsrat der Staatszechen im Bezirk Aach-
hausen nahm kürzlich in einer Versammlung zu den Fragen der
Arbeitszeitverkürzung, der Nationalisierung im Bergbau, den
Mietserhöhungen Stellung. Er stellte sich in seiner Entscheidung
hinter die Forderungen der Gewerkschaften und erklärte sich bereit,
mit ihnen und in ihrem Sinne in diesen Fragen zu arbeiten. Er
beipflichtet weiter die Frage der W a l d e r h a l t u n g im Bezirke. Er
empfiehlt den Einzelbetriebsräten, im Interesse der Gesundheit der
Belegschaftsmitglieder und ihrer Familien ihr Augenmerk auf die
Waldhaltung in ihrem Wirkungsbereich zu richten. Gemeinlich
mit den örtlichen Verwaltungen ist darauf hinzuwirken, daß die
bestehenden Waldflächen im Bereiche der Staatszechen nicht nur
erhalten, sondern ergänzt und vermehrt werden. Es ist unbe-
dingt notwendig, daß jedes Belegschaftsmitglied Gelegenheit hat,
nach getaner Arbeit im Walde neue Kräfte für den nächsten Ar-
beitsstag zu sammeln. Verhängnisvoll wäre der weitere Unter-
gang unserer kümmerlichen Waldbeste. Durch Finanzmaßnahme
der vom Ruhrknappschafftverband zu vergebenden Wiederherstellungs-
prämien ist auf eine Vermehrung der Waldbestände hinzu-
arbeiten. In Belegschaftsversammlungen ist das Interesse der
Kameraden für diese wichtige Sache zu wecken.
Ueber die Maßnahmen der Unfallbekämpfung im Bergbau
führte Beirat S i c h t e r m a n n als geladener Referent in der

Blenarstellung des Gesamtbetriebsrats folgendes aus: Um die Un-
fallziffern im Bergbau herabzubringen, haben die Bergbehörden
in den letzten Jahren eine Reihe von Neueregungen getroffen.
Es sei erinnert an die Einführung der elektrischen Grubenlampen,
die Einschränkung der Schichtarbeit, die Einführung des Gestein-
staubverfahrens, die Veranstaltung belehrender Filmvortrage durch
Professor W e m p e, die systematische Hauer- und Schürferausbildung und die
Unfallbekämpfung durch Wort und Schrift. Einmal darf durch
diese genannten Maßnahmen erhofft werden, daß größere Expi-
sionen vermieden werden - nach menschlichem Ermessen werden
jedochfalls Massenunglücke dort, wo in richtiger Weise das Gestein-
staubverfahren durchgeführt wird bezw. ist, uns nicht mehr über-
raschen. Infolge der besseren Ausbildung und Schulung werden
die Arbeiter die Gefahren besser erkennen und sich dann mehr
wie früher gegen Unfälle schützen können.

Trotz aller Maßnahmen ist die Unfallziffer erschreckend ge-
stiegen, was die Bergbehörden veranlaßt hat, neue Mittel zur
Unfallbekämpfung zu erfinden. Durch Einführung rationaler Ab-
baumethoden mit ihren vielfachen Gerätschaften sind manche Ge-
fahrenquellen in den Betrieben gegen früher verstärkt worden.
Man denke nur an einen Betrieb, in dem Schüttelrutschen, Schräg-
maschinen, Abbauförderer arbeiten, so wird man zugeben müssen,
daß die beste Beschäftigte des Bergmanns, „das Gehör“, bei diesen
Gerätschaften keine Warnerin mehr sein kann. Dieser Tatsache muß
Rechnung getragen werden insofern, daß heute der Ausbau sofort
begehrter wird, wenn Platz vorhanden ist, daß vor früher ein
schwacher Ausbau genügt, heute das Holz eine größere Stärke
haben muß, daß der Bergeversatz gut und flott dem Abbau nach-
folgt u. a. m. Es soll keinem der Beteiligten - weder Arbeiter
noch Aufsicht, noch Betriebsverwaltung der geringste Vorwurf
wegen der hohen Unfallziffern gemacht werden, aber daran ist fest-
zuhalten, daß eben wegen den mit der Einführung neuer Betriebs-
methoden verstärkten Gefahren mit vielen alten Gewohnheiten
radikal gebrochen werden muß. Das Oberbergamt hat bewußt
den Weg beschritten, zunächst den Unfällen durch Stein- und Koh-
lenfall vorbeugende Maßnahmen entgegenzustellen. Es soll in
Zukunft betriebsplanmäßig der Abbau - die Bereinigung -
der Ausbau und der Bergeversatz festgelegt werden. Zu diesem
Zwecke sind dem Bergbetriebsrat bestimmte Richtlinien an Hand
gegeben worden, nach denen systematisch verfahren werden soll.
Bei tiefer Lagerung hat sich der Schrägbau und der Verhieb von
oben nach unten bewährt. Bei schlechtem Hangenden muß die
Breite des Verhiebsabschnittes und des zwischen Kohlenstoff und
Bergeversatz offenstehenden Raumes beschränkt werden. Dasselbe
gilt für schwebenden Verhieb bei flacher Lagerung. Nötigenfalls

müssen Verhieb und Bergeversatz so geführt werden, daß jeweils
nur ein Feld außer dem im Verhieb befindlichen offensteht. Wind-
stürer dürfen nicht vom Kohlenstoff her nachgeschossen werden. Wo
sich erfahrungsgemäß Schlagwetter stellen können, ist Schließen un-
zulässig. Für die Verwendung der Schrämmaschinen sind eben-
falls bestimmte Richtlinien vorgegeben. Der Ausbau darf nur ein
planmäßiger sein, einerseits, ob es sich um Ausbau mit Stempeln
und Koffholz oder um Schälholzzimmerung handelt. Er ist von
vornherein so stark zu wählen, daß er auch für die in dem Fö-
erfahrungsgemäß zu erwartende zeitweilige Verschlechterung des
Gebirges ausreicht. Es muß im Ermessen des Ortsältesten und
des Abteilungsleiters liegen, den Ausbau bei Eintritt schlechterer
Verhältnisse zu verstärken. Eine Schwächung darf nur von dem
Revierbeamten erlaubt werden. Dieser muß den Betrieb
vorher befehlen. Ueber die Stärke der Stempel, Schäl-
hölzer und Spitzen sowie Abstand der Stempel sind ebenfalls in
den Richtlinien Vorschriften niedergelegt. Wo mit Spitzen ver-
zogen wird, muß ordnungsmäßig mit Spitzen und verlorenen
Stempeln vorgefördert werden. Der endgültige Ausbau muß
eingebrochen werden, sobald der Platz dafür frei ist. Ob und unter
welchen Umständen und Vorichtsmaßnahmen Holz geraubt werden
darf, muß festgelegt werden. Weiter sollen alle Unfälle durch
Stein- und Kohlenfall viel scharfer als bisher untersucht werden.
Anhand eines Fragebogens wird den Ursachen des Unglücksfalles
bis auf den Grund nachgegangen. Durch die detaillierte Beant-
wortung der Fragebogen beabsichtigt man zu erreichen, daß Un-
fälle mehr als bisher Gesprächsstoff der Aufsichtspersonen werden,
was wieder eine schärfere Kontrolle anhand der vorgeschriebenen
Verhütungsmethoden im Gefolge hat. Gerade für die Betriebs-
räte bietet sich hier ein dankbares Betätigungsfeld. Sie sollen sich
die erlassenen Richtlinien verschaffen, damit sie in der Lage sind,
auch ihrerseits den Gefahrenquellen nachzugehen und dadurch mit
dazu beitragen, den hohen Stand der Unfallziffern herabzubringen.

In eingehender Debatte nahmen die Gesamtbetriebsratsmit-
glieder zu dem instruktiven Vortrag Stellung und brachten gegen-
seitig ihre praktischen Erfahrungen und Beobachtungen zur
Kenntnis.

(Das Vorgehen des Gesamtbetriebsrats ist loblich. Viel besser
wäre es aber noch, wenn einzelne Kameraden aus praktischer Er-
fahrung heraus Fragen der Unfallverhütung in der „Bergarb.-
Ztg.“ besprechen wollten. Natürlich sollten solche Darlegungen
nicht Klagen über Mißstände auf einzelnen Gruben sein, sondern
allgemein-fachliche Darlegungen über Notwendiges und Mög-
liches. Die Redaktion.)



Zur Verhängung von Ordnungsstrafen.

Die Bestimmungen der Arbeitsordnung über Strafen sind
loyal auszuführen.
Urteil des Berggewerbegerichts Dortmund, Kammer L i n e n,
vom 27. Januar 1927 - XIV Nr. 208/1926.

Tatbestand und Entscheidungsgründe:

Kläger war bei der Beklagten Bergmann auf der Schacht-
anlage Werne III. Er war Vorsitzender des Betriebsausschusses
und, da ihm durch Betriebsausschussbescheid die Befahrung der
Grube allein übertragen war, von jeglicher Arbeitsleistung frei-
gestellt. Er ist von der Beklagten im Monat November 1926 mit
2 Mt. wegen Nichtausführung einer gegebenen Anordnung be-
straft worden. Er bestritt, daß die Bestrafung zu Recht erfolgt
ist, und klagt auf Nachzahlung des einbehaltenen Strafgebüh-
res. Es wurde Beweis erhoben und festgestellt, daß am 9. November
1926 bei Mittagsschichtwechsel Kläger durch den Brückenkontrollen-
ren den Auftrag erhielt, er solle sich bei dem Obersteiger melden.
Kläger behauptet, gegen 12 Uhr auf der Fahrsteigerube sich ein-
gestellt, den Obersteiger Wöll jedoch nicht angetroffen zu haben.
Am folgenden Morgen vor der Anfahr war Kläger bei dem Be-
triebsführer auf dem Zimmer und verhandelte mit diesem. Zeuge
Obersteiger Wöll bekundet, die Tür von seinem Zimmer nach dem
des Betriebsführers habe aufgefunden und er habe Kläger auf-
gelesen; auch habe er daran gedacht, daß er Kläger zu sich bestellt
habe, habe aber absichtlich gewartet, ob Kläger sich freiwillig bei
ihm melde. Als Kläger sodann, ohne dies zu tun, sich zum Um-
kleiden in die Kasse begeben habe, habe er ihn zu sich holen lassen
und ihm erklärt, daß er ihn wegen Nichtausführung einer ge-
gebenen Anordnung bestrafe.

Die Behauptung des Klägers, daß er sich gleich nach Empfang
der betreffenden Mitteilung auf der Fahrsteigerube eingestellt
habe, ist nicht widerlegt. Denn Zeuge Wöll bekundet nur, daß
er und die Fahrsteiger den Kläger nicht gesehen hätten, was
immer noch die Möglichkeit vorhanden war, daß die betreffenden
Beamten noch nicht auf dem Zimmer waren bezw. sich auf den
Nebenzimmern bei dem Betriebsführer oder den Steigern auf-
gehalten haben. Außerdem stand das Gericht einstimmig auf
dem Standpunkt, daß die Bestimmungen der Arbeits-
ordnung über Strafen loyal auszuführen sind
und daß dem Obersteiger jederzeit die Möglichkeit gegeben war,
durch sog. Zuführen der Anfahrmarke, wie dies allgemein üblich
ist, Kläger zur Meldung zu zwingen. Anstatt dessen hat aber der
Obersteiger in wenig schöner Weise auf den Moment gewartet,
wo er gegen Kläger mit einer Strafe vorzugehen glauben konnte.
Eine Notwendigkeit zur Bestrafung, wie Beklagte in ihrer Klage-
beantwortungsschrift anführt, lag gar nicht vor; es wäre viel-
mehr, da es sich noch nicht um einen Wiederholungsfall handelte,
eine Ermahnung für die Zukunft am Platze gewesen. Nach völlig
überwiegender Ansicht des Gerichts haben die vorgetragenen
Gründe nicht zur Verhängung einer Geldstrafe auf Grund des
§ 21 der Arbeitsordnung ausgereicht. Der Klage war insolge-
dessen schon aus diesem Grunde stattzugeben. Es erübrigte sich
daher, auf die weitere Frage einzugehen, ob dem Kläger, der von
jeglicher Arbeit freigestellt war und nur als Betriebsausschuss-
mitglied auf der Zeche tätig war, überhaupt eine Anordnung im
Sinne des § 21 der Arbeitsordnung von dem Obersteiger gegeben
werden konnte.

Anmerkung: Dem aufmerksamen Leser fällt vielleicht auf,
daß das Gericht die Bestrafung nicht in Beziehung zum § 80 Abs. 2
ABG. setzte. Offenbar hielt das Gericht dieses für überflüssig,
da es die Bestrafung schon auf Grund seiner Auslegung der
Arbeitsordnung für unzulässig hielt. Mit Recht folgte die Spruch-
kammer dieser Annahme, denn die Bestrafung stellte offensichtlich
eine Schikane dar. Weiber sind solche im Bergbau häufig vor-
kommenden Schikanen in der Regel nicht beweissbar. Im obigen
Falle ist es lediglich der Unvorsichtigkeit des Obersteigers zuzu-
schreiben, daß seine „wenig schön“ Handlung festgestellt werden
konnte. So sehen die Prediger der deutschnational-hakenkreuz-
lerischen Werksgemeinschaft aus!

Das Urteil ist für den Obersteiger Wöll eine klatschende
moralische Ohrfeige; aber eine verdiente. Das bezeugt auch die
einstimmige Stellungnahme des Gerichts. Es hat also auch der
Arbeitsgeberüber die Handlung seines Verursachenden abgelehnt.
Aus dem Urteil spricht eine vornehme Gesinnung. Vielleicht
interessiert noch der Hinweis, daß es sich in der Streitfrage um
dieselben Parteien handelt, wie in dem nebenstehenden Urteil
derselben Spruchkammer vom 15. Februar 1927. Die beiden Urteile
sind ein Beweis dafür, in welcher wirksamer Weise ein Arbeitsgericht
eine übermäßig gemordene sozialreaktionäre Grubenverwaltung in
die Schranken zurückverweisen kann.

Zum Begriff „gröbliche Beleidigung“ nach § 82 Abs. 5 ABG.

Der Ausdruck: „Die Beamten gehen über Leichen“ ist keine
gröbliche Beleidigung.

Einem Betriebsratsmitglied muß zugute gehalten werden, daß
es in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat.

Einem Urteil des Berggewerbegerichts Dortmund, Kammer
L i n e n, vom 15. Februar 1927 - XIV Nr. 4/1927 - ent-
nehmen wir folgendes:

„Der Ausdruck „über Leichen gehen“ ist ein landläufiger. Man
versteht unter ihm allgemein ein rücksichtsloses Verfolgen eines
bestimmten Zieles, besonders ein rücksichtsloses Streben. An
wichtige Leichen denkt dabei niemand. Er ist nach Ansicht des
Gerichts ein allgemeiner Ausdruck schärfster Kritik, jedoch nicht
ein solcher der Ehrverletzung, d. h. einer Kundgebung, die die
äußere Achtung eines anderen kränkt. Kläger hat in seiner Stellung
als Arbeiter- und Betriebsratsmitglied, und zwar in nicht öffent-
lichen Sitzungen, diesen Ausdruck gebraucht. Ihm waren Be-
schwerden der Arbeiter über das Verhalten der Angestellten vor-
getragen worden; er wollte, wie es seine Pflicht nach dem Be-
triebsratsgesetz war, diese Beschwerden zur Sprache bringen. Wenn
er von ihm in den Sitzungen angeschlagene Ton mit der Zeit
ein scharfer wurde, so ist nach Ansicht des Gerichts dies nicht
allein die Schuld des Klägers. Das gespannte Verhältnis, welches
seit längerer Zeit auf Werne III zwischen Betriebsausschuss und
Betriebsleitung besteht und dem Gericht aus den vielen Klagen
am Berggewerbegericht bekannt ist, war Ursache dieses Tones.
An diesem gespannten Verhältnis ist nach Ansicht des Gerichts
auch die Verletzung mit schuld. Bei einigermaßen loyalem
Entgegenkommen wäre dies Verhältnis der Beiden- und Ver-
tragsleistung sicherlich ein anderes gewesen. Auch war das Be-
halten der Beidenangestellten den Arbeitern gegenüber nicht ganz
einwandfrei. Steiger Wöllmann ist bekanntlich, weil er einem
Jungen unter Tage mit der Faust das Gesicht blutig geschlagen
hat, wegen Körperverletzung gerichtlich belangt worden. Die auf-
fallend vielen Bestrafungen und Entlassungen sowie die vielen
Berggewerbegerichtsklagen zeigen, daß die Zügel auf der Zeche
Werne III recht scharf angezogen wurden.

All diese Gesichtspunkte waren Veranlassung, daß in den
Arbeiter- und Betriebsratsitzungen das Verhalten der Angestellten
seitens des Klägers kritisiert wurde. Kraft seiner Stellung hatte
Kläger ein Recht dazu. Wenn er den Ausdruck veralgemeinert
hat, so mußte ihm zugute gehalten werden, daß er in Wahr-
nehmung berechtigter Interessen gehandelt hat. Für die Öffentlich-
keit war der Ausdruck nicht bestimmt. Wenn er später in
einer Zeitung erschienen ist, so ist dies nach Ansicht des Gerichts
eine Folge der Entlassung des Klägers wegen dieses Ausdrucks.
Beklagte konnte Kläger nicht nachweisen, daß auf seine Verant-
wortung die Zeitungsartikel erschienen sind.

Auch als „wichtiger Grund“ im Sinne des § 83 a ABG. kann
die gemachte Äußerung aus den angegebenen Gründen nicht
angehen werden.

Anmerkung: Dieses Urteil ist mehr als ein Produkt
juristischer Überlegung; es ist eine soziale Anklage. In die
Schranken und Leiden zu schildern, denen die Bergarbeiter täglich
seitens einer sozialreaktionären Beamtenhierarchie ausgesetzt sind,
ist unmöglich. Wir wissen, daß es auch unter den Grubenbeamten
aufrechte, sozial denkende Männer gibt. Diese werden nicht weniger
genekelt als die Bergarbeiter. Andere dagegen sind willige Werk-
zeuge der oberen und obersten Beamten. Diese sind für so viele
Bergarbeiter die Ursache seelischer Marter, die so manchem Berg-
mann seinen Beruf zur Qual, die Grube zur Hölle werden läßt.

Von all dem enthält die Urteilsbegründung nichts. Sein
Wortlaut läßt die hinter dem Tatbestand wurzelnde soziale Tra-
gödie nur ahnen. Und dennoch gebührt dem Urteil Anerkennung
seitens aller Bergarbeiter. Es ist das erste Urteil, worin ein
Vorstand einer Spruchkammer den Mut fand, eine unsoziale
Handlung einer sozialreaktionären Grubenverwaltung (Werne III)
mit dem ermittelten Tatbestand in dieser Weise zu korrigieren.

Die Vorstehenden des Berggewerbegerichts Dortmund haben
die Idee einer sozialen Rechtsprechung offenbar zu spät erkannt.
Das ist ihre Tragödie. In kurzer Zeit werden die Berggewerbe-
gerichte der Vergangenheit angehören. Werden sie die Bahn einer
sozialen Rechtsprechung früher eingeschlagen, die Anerkennung
hunderttausender Bergarbeiter wäre ihnen gewiß geworden. So
aber konnte in unzähligen Bergarbeiterherzen Verbitterung
wachsen, die sie erleichtert und mit größerer Hoffnung der Rech-
tprechung der zukünftigen Arbeitsgerichte entgegensehen läßt.
Warum? Ja, warum dies?

Zur Abstimmung über das Arbeitszeitnotgesetz.

Weil das Gesetz nur mit 12 Stimmen Mehrheit angenommen wurde, sind lebhafteste Vorwürfe gegen die Oppositionsparteien erhoben worden. Man sagte, wenn diese Parteien stärker vertreten gewesen seien, wäre das Gesetz vielleicht abgelehnt worden. Die SPD-Presse hat besonders gegen die fehlenden sozialdemokratischen Abgeordneten Vorwürfe erhoben.

Dazu ist zu sagen, daß bei den Befürwortern des Gesetzes die Stimmen größer waren als bei den Gegnern. Wäre das Haus stärker besetzt gewesen, so wäre das Resultat wahrscheinlich auch nicht anders geworden, da dann beide Gruppen stärker vertreten gewesen wären.

Das Abstimmungsverhältnis war bei der namentlichen Schlußabstimmung am 8. April das folgende:

Fraktion	Mandate	fehlend	ja	nein
Deutschnationale	110	26	84	—
Sozialdemokraten	131	18	—	113
Zentrum	68	9	59	—
Deutsche Volkspartei	51	23	28	—
NSD.	34	9	—	25
linke NSD.	11	6	—	5
Demokraten	32	6	—	26
Wirtschaftl. Vereinigung	21	6	—	15
Bayerische Volkspartei	19	2	17	—
Völkische, Nat.-Soz. usw.	16	6	8	—
	493	111	196	184

Von den Völkischen enthielten sich 2 der Stimme.

Bemerkenswert war, daß Industrielle und Gelbe vielfach fehlten. So fehlten bei den Deutschnationalen u. a. Dr. Hungenberg, Dr. Röhne, Dr. Quach, bei den Gelben Weiser. Bei der Deutschen Volkspartei fehlten u. a. Curtius, Stresemann, Kulenkampff, Kempkes, Dr. Hugo, Dr. Wolf und der Gelbe Adam.

Von den neun nicht erkrankten Sozialdemokraten waren Fröhlich, Ulrich, Hoffmann und Kell durch parlamentarische bzw. politische Arbeiten in ihrem Land entschuldigt, Landsberg durch Wahrnehmung eines politischen Prozesses, so daß höchstens mit vier fehlenden Sozialdemokraten gerechnet werden kann. Von den 15 Kommunisten waren 8 krank gemeldet, von den 6 Demokraten 4.

Um die Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Am 19. April begannen in Berlin die Verhandlungen über den Arbeitszeitstreit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die Arbeitgeber haben dabei auch das geringste Verständnis für die Wünsche der Bergarbeiter vermissen lassen. Unter Führung des bekannten Abg. Leopold und der Generaldirektoren Würen und Platzeck haben sie alle Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit glatt abgelehnt. Sie waren noch nicht einmal bereit, den wirklich recht dürftigen Zugeständnissen, die das sogenannte Gutachten den Arbeitern macht, zu folgen. Nur für ein paar Gruppen (Tagebau und Abraum) sollte die elfstündige Arbeitszeit eventuell gemindert werden, aber auch nur in den Kernrevieren, im übrigen müsse es beim Zwölfstundentag bleiben.

Die Arbeitgeber haben sich von ihrem sozialreaktionären Standpunkt auch durch die Tatsache nicht abbringen lassen, daß ca. 95 % der gesamten mitteldeutschen Belegschaften offen und mutig sich durch Namensunterschrift für die Beseitigung der zwölfstündigen Arbeitszeit erklärt hatten. Sie waren allerdings sichtbar betroffen, als die Vertreter der Bergarbeiter mitteilten, daß über 60 000 Arbeiter sich durch Unterschrift bereit erklärt haben, für die Forderungen der Gewerkschaften einzutreten.

Trotzdem — wohl in der Hoffnung, „Verständnis“ im Reichsarbeitsministerium zu finden — haben sie in unglaublicher Hartnäckigkeit beharrt. Sie haben aber nicht verfehlt, ihre Ab- und Ansuchen genügend deutlich zu machen.

Schlichtzeit = Arbeitszeit, das war die Richtlinie, die Herr Leopold aufstellte.

Hausen sind im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fast durchweg unbekannte Dinge, so daß sie, obwohl im Schiedspruch vorgegeben, eigentlich nur auf dem Papier stehen. Zwölfstundentag heißt also nach den Begriffen der Berggewaltigen: 12 Stunden muß gearbeitet werden. Das war der Sinn der Leopoldischen Rede, der noch weiter kühn erklärte: Die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit sei eine Theorie auf lange Jahre hinaus, demvorne man sich nicht die ganze Industrie zerstückeln lassen könne. Wenn der Bergbau so langsam wieder begänne, rentabel zu werden, könne man nicht zuerst an die Bergarbeiter denken, sondern man müsse zunächst einmal für eine angemessene Mente der Kapitalgeber Sorge tragen.

Die Vertreter der Arbeiter unter Führung von Schmidt und Reddigau haben die Argumente der Arbeitgeber auf das härteste bekämpft. Sie haben dargelegt, daß die Arbeitgeber stets bei der geringsten Forderung der Arbeiter den Untergang der Industrien prophezeiten und hinterher habe es sich immer herausgestellt, daß es dem Braunkohlenbergbau von Jahr zu Jahr wirtschaftlich besser gehe.

Die Verhandlungen scheiterten schließlich an dem völlig absehenden Standpunkt der Arbeitgeber, die schleunigst den Arbeitsminister um Bestellung eines Schlichters bitten. Wie man das bei solchen Anlässen leider nicht anders gewohnt ist, hat sich das Ministerium auch beeilt, den Wünschen der Grubengewaltigen entgegenzukommen, und hat innerhalb weniger Stunden mit dem Schlichteramt den Professor Brahn betraut.

Auch unter dessen Leitung sind die am 21. April fortgesetzten Plenar- und Kommissions-Parteiverhandlungen keinen Schritt vorwärts gekommen. Die Arbeitgeber dünkten sich scheinbar viel zu erhaben, mit den Vertretern ihrer Arbeiter über eine so wichtige Streitfrage eine für beide Teile erträgliche Regelung zu treffen. Sie wollen sich eben nur widerwillig dem Zwang fügen. Aber draußen in den Revieren können sie den Mund von „ihrer Wirtschaftsfriedlichkeit“ nicht voll genug nehmen.

Die Schlichterkammer hat nach gleichfalls langen Beratungen den folgenden Schiedspruch gefällt, der natürlich völlig unannehmbar und nur geeignet ist, einen dauernden Unruhezustand zu schaffen. Ueber kurz oder lang wird eine solche Behandlung der Arbeitszeitfrage zu Erschütterungen führen, die den Arbeitgebern ebenso unangenehm, wie dem Reichsarbeitsministerium unerwünscht sein werden. Die Verantwortung tragen dann nicht die Arbeiter.

Schiedspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Am 22. April 1927 wurde nach zweitägigen Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium in der Arbeitszeitfrage folgender Schiedspruch gefällt:

- Das am 30. April 1927 ablaufende Mehrarbeitsabkommen wird mit Wirkung vom 1. Mai 1927 mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß die über 8 Stunden hinaus tatsächlich geleistete Arbeit mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau mit einem Lohnzuschlag von 15 Prozent zu vergüten ist;
- Es tritt folgende Verkürzung der Mehrarbeit ein:



Die Bank der Angestellten, Arbeiter und Beamten

hielt am 29. März in Berlin ihre Generalversammlung ab. Sie nahm den Geschäftsbericht für 1926 entgegen, erließ dem Vorstand Entlastung und genehmigte die Bilanz. Als Dividende setzte sie 10 Proz. auf das 4 Millionen Mark betragende Aktienkapital fest. Das satzungsgemäß ausscheidende Drittel des Aufsichtsrats wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Bank hat im Jahre 1926 eine recht erfreuliche Entwicklung genommen.

Der Einlagebestand sank im ersten Halbjahr 1926 etwas (wohl infolge der Arbeitslosigkeit) von 21,2 auf 20,6 Mill. Mk. Dann stieg er aber regelmäßig bis auf 36,137 Mill. Mk. Ende Dezember.

Die Einlagen stammten von: Banken 92 815 Mk. oder 0,2 Proz., Gewerkschaften 19 054 Mill. Mk. oder 52,7 Proz., öffentlich-rechtlichen Instituten 6,24 Mill. Mk. oder 17,3 Proz., Siedlungs- und Baugenossenschaften 2,436 Mill. Mk. oder 6,7 Proz., Konsum- und Produktivgenossenschaften 893 000 Mk. oder 2,4 Proz., kulturellen Organisationen 1,265 Mill. Mk. oder 3,5 Proz., Diversen 1,717 Mill. Mk. oder 4,7 Proz., Sparkassen 4,437 Mill. Mk. oder 12,5 Proz.

Von den Einlagen waren **Gewerkschaftsgelder** Anfang 1926 66 Prozent, Ende 1926 nur noch 52,7 Prozent.

Der Monatsumsatz, der im Juni 40 Millionen Mark betrug, war im Dezember auf 112 Millionen getiegen. Der Gesamtumsatz für 1926 betrug 716 Millionen Mark. Das ist eine ganz erfreuliche Entwicklung, aber es ist nur ein Anfang! Wenn man bedenkt, daß eine Sparkasse wie die der Stadt Essen rund eine Milliarde im Jahre 1926 umsetzte, wird man zugeben, daß die Arbeiterbank noch eine gewaltige Entwicklung vor sich hat, wenn ihr alles Geld, über die die Arbeiterorganisationen verfügen, zugeführt wird. Dazu gehört auch das Spargeld der Arbeiter, so gering es im Einzelfall auch ist. Viele Wenig machen ein Viel!

Die Kontenzahl hat sich von 901 Ende 1925 auf 1680 Ende 1926 erhöht.

Die Spareinlagen entwickelten sich wie folgt:

Berlin:	468 000 Mk.	am 1. 1. 1926
	1 759 000	" " 1. 7.
	2 819 000	" " 1. 10.
	3 534 000	" " 31. 12.
Hamburg:	74 445	" " 1. 1.
	200 237	" " 1. 7.
	258 638	" " 1. 10.
	277 015	" " 31. 12.
Breslau:	345 963	" " 1. 7.
	592 750	" " 31. 12. 1926

Die gesamten Spareinlagen betragen am 28. Februar 1927 5,69 Millionen Mark, am 28. März über 6 Millionen Mark.

Die Sparkonten stiegen von 924 Anfang 1926 auf 10 475 Ende 1926. Neue Zahlstellen wurden 1926 errichtet in Biedenkopf-Buchena, Düsseldorf, Bielefeld und Ober-Saarau. Die Bank hat jetzt Filialen

a) vom 1. Juli 1927 ab beträgt in den Tagesbetrieben mit Ausnahme der unter b) aufgeführten die reine Arbeitszeit 9 1/2, die Schichtzeit 10 1/2 Stunden;

b) vom 1. Oktober 1927 ab beträgt in Fabriken, Kesselhäusern, Schmelzeleien, chemischen Nebenbetrieben, Maschinenhäusern und ähnlichen durchlaufenden Betrieben, in denen bisher die Zwölfstundenschicht üblich war, die reine Arbeitszeit 9 1/2 Stunden, die Schichtzeit 11 Stunden.

Hinsichtlich der Arbeitszeit an Sonnabenden verbleibt es bei der im Schiedspruch vom 23. Dezember 1926 vorgezeichneten Regelung.

Die Schichtzeit, die unter b) vorstehend geregelt ist, gilt auch für den Sonnabend; die Mehrarbeit ist mit einem Lohnzuschlag von 15 Prozent zu vergüten.

3. Soweit sich durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf einzelnen Werken, insbesondere in den Handrevieren, Schwierigkeiten ergeben, sind diese durch Vereinbarungen zwischen Werksleitung und Betriebsvertretung zu beheben; auf Antrag sind Vertreter der Tarifparteien hinzuzuziehen. Erfolgt keine Einigung oder ist eine Betriebsvertretung nicht vorhanden, so entscheidet endgültig die im § 17 des Manteltarifs vorgegebene Oberschiedsstelle.

Die Verkürzung der Arbeitszeit (zu Ziffer 2) ist jedoch spätestens bis zum 1. April 1928 durchzuführen.

4. Etwa auf einzelnen Werken bestehende Regelungen der Arbeitszeit, die für die Belegschaft günstiger sind als vorstehend vorgeschlagen, bleiben aufrecht erhalten.

5. Diese Regelung der Mehrarbeit läuft unkündbar bis zum 30. Juni 1928 und kann von da ab mit sechsmonatiger Frist zum Vierteljahresschluß gekündigt werden.

Erklärungsriff. bis 25. April 1927.

Die Gewerkschaften hielten am Sonntag, den 24. April, eine Konferenz ab, um zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen. Wir werden in nächster Nummer darüber berichten.

Unsere Toten.

Zahlstelle Meiderich I. Wieder ist einer von unserer alten Garde heimgegangen. Am 13. April verchied nach langem Leiden unser alter Kämpfer Heinrich Rippe. Seit dem 1. Januar 1899 war er Mitglied unseres Verbandes. Stets war er ein Vorbild für seine Kameraden. Kein Weg war ihm zu weit, kein Wetter zu schlecht, wenn es galt, für die Organisation zu arbeiten. Duzende von Maßregelungen hat er erdulden müssen, aber dennoch stand er seinen Mann. Noch bis 14 Tage vor seinem Tode hat er trotz des schweren Leidens seine ihm übertragenen Arbeiten ausgeführt. Nun ruhe aus, alter Kämpfer! Wir halten dir ein treues Gedenken!

Zahlstelle Teudern. Am 16. April verstarb plötzlich infolge Magenkrebs unser erster Kassierer Otto Seidel. Der von uns geschiedene Kamerad war stets ein guter Verwalter der Kassengeschäfte und ein guter Agitator in der Gewerkschaftsbewegung. Der Verlust des Kameraden Seidel ist für unsere Zahlstelle sehr schmerzlich. Wir halten sein Andenken in Ehren!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 18. Woche (vom 21. bis 30. April) fällig. Wir bitten alle Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Den Kameraden nochmals zur Kenntnis, daß laut Beschluß der Generalversammlung in Saarbrücken keine Jubiläumstafel mehr in der „Bergarbeiter-Zeitung“ geführt wird, da die Zahl der Jubilare immer größer wird und ihre Veröffentlichung darum zu viel Raum in Anspruch nimmt.

Geschäftsbezirk Diez-Nettweis. Am Sonnabend, den 30. April 1927, beginnt der 24stündige Kurklus für Funktionäre und Mitglieder über das Arbeitsgerichts-gesetz in Nettweis im Lokale Alwin Schulze. Beginn abends 8 Uhr. Funktionäre und Mitglieder werden hiermit eingeladen.

in Bremen, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, sowie Zahlstellen in Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Chemnitz, Düsseldorf, Flensburg, Greiz, Halle, Hannover, Jena, Kiel, Liegnitz, München, Nürnberg, Offenbach a. M. Weitere Zahlstellen in Köln und Weimar befinden sich in Gründung. Spareinlagen werden aber auch durch zahlreiche Ortsausschüsse des ADGB, vermittelt.

Von dem **Reingewinn** (878 026 Mk.) sollen verwendet werden für gesetzlichen Reservefonds 250 000 Mk., Spezial-Reservefonds 200 000 Mk., 10 Proz. Dividende 400 000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 28 026 Mk.

Die Aktien der Bank befinden sich ausschließlich im Besitz von Arbeitnehmerorganisationen.

Kredite gibt die Bank in erster Linie an Konsumgenossenschaften, Bau- und Siedlungsgenossenschaften, soziale Versicherungsanstalten und andere wirtschaftliche Unternehmungen. Auch Kredite an Kommunalverbände wurden 1926 in steigendem Umfang gegeben. **Privatdarlehen** gibt die Bank nicht, solche Gesuche an sie sind deshalb zwecklos. Festverzinsliche und mündelsichere Werte hat die Bank in großem Umfang plaziert. Dem Effekten- und Börsengeschäft gegenüber übt sie ihrem Charakter nach Zurückhaltung.

Die polnische Kalierzeugung

betrug im 4. Quartal 1926 88 996 To. gegen 55 604 To. in der gleichen Zeit 1925. Hiervon entfallen auf Kausz 33 708 To. gegen 19 412 To. und auf Stebnik 55 283 To. gegen 36 192 To. Die Vorräte am Quartalsende erreichten 80 975 To. gegen 57 357 To. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausfuhr war nur gering, sie betrug 2607 To. gegen 3246 To. im 4. Quartal 1925. Erzeugung und Inlandsverkauf in der Berichtszeit werden als sehr günstig bezeichnet.

Russische Kalischürfungen

im Gebiet von Solikamsk haben nach Mitteilungen der Russisch-Geologischen Gesellschaft Kalivorkommen bis 300 Meter Mächtigkeit bei einer Gebietsausdehnung von 120 Quadratkilometer ergeben. Die Vorräte werden auf 1 1/2 Millionen Tonnen geschätzt. Menge und Art des Kali bedeuten nicht viel, jedenfalls keine internationale Konkurrenzmöglichkeit.

Russische Bergarbeiterlöhne.

Nach der offiziellen russischen Gewerkschaftszeitung „Trud“ betragen die Bergarbeiterlöhne im 1. Vierteljahr 1924-25 monatlich 34,36 Rubel oder real nach Friedenspreisen 22,07 Rubel. Diese ganz unzureichenden Löhne sind in den letzten zwei Jahren um 58,5 Proz. (real 44,1 Proz.) aufgehoben worden. Wie ungenügend diese Löhne noch sind, zeigt eine Notiz des „Ukrainski Ekonomist“ vom 18. November 1926: „Der durchschnittliche Monatslohn eines Bergarbeiters im Trust Don-ugol stellte sich in den ersten acht Monaten des Jahres 1926 auf 47,2 Rubel. Im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 1924-25 bedeutet das eine Steigerung des Nominallohnes von 34 Proz. Im günstigsten Falle, d. h. bei einer erheblichen Steigerung der Arbeitsleistung, hält man es für möglich, im Wirtschaftsjahr 1926-27 die durchschnittliche Lohnhöhe auf 53 Rubel monatlich zu bringen.“ (Ein Rubel hat eine ungefähre Kaufkraft von einer Reichsmark.)

Beide Lohnangaben zeigen zwar eine Steigerung der Löhne, aber sie lassen doch auch erkennen, daß die Höhe des Lohnes auch unter Berücksichtigung der russischen Verhältnisse bei weitem geringer ist als in Deutschland.

Auszahlung von Unterküfungen.

Serne I. Jeden Mittwoch von 3 bis 5 Uhr beim Kassierer Möller, Halbenstraße 39, Eingang Seifstraße.

Kranzpendenmarke.

Naht. Für die Monate April bis einschließlich Juni hat jedes Mitglied eine Kranzpendenmarke von 20 Pf. zu fleben. **Lenkerbed.** Für die Monate April und Juli ist eine Kranzpendenmarke zu fleben.

Arbeitskammerneuwahlen für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets!

Durch Verfügung des Preuß. Oberbergamts in Dortmund vom 7. März 1927 ist mit der Leitung der Neuwahlen der Arbeitskammer der derzeitige geschäftsführende Vorsitzende der Arbeitskammer, Herr Heinrich Schröder, gemäß § 12 der Verordnung über die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau vom 8. Febr. 1919 (Reichsgesetzblatt, S. 202) beauftragt worden.

Der Wahlkommissar hat inzwischen unterm 19. 4. 1927 für die Neuwahlen Wahlauschriften erlassen, die am 3. Mai d. J. auf den einzelnen Schachtanlagen zum Aushang gebracht werden. Hiernach findet die **Neuwahl** auf den einzelnen Schachtanlagen im Bezirk des Oberbergamts Dortmund und des Bergreviers Krefeld

am Donnerstag, den 23. Juni 1927

statt. Die **Vorschlagslisten** sind vom 3. bis einschließlich 16. Mai 1927 dem Wahlkommissar (Geschäftszimmer der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets in Essen, Bureauhaus Glückauf, Rütterscheider Straße 2) einzureichen. **Vom 10. bis zum 16. Mai 1927 liegen die Wählerlisten** auf den einzelnen Schachtanlagen zur Einsicht aus.

Einprüche gegen die Wählerliste sind zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens am 16. Mai 1927 bei dem zuständigen Wahlvorstand anzubringen. Wahlberechtigte, die in Gemeinden wohnen, in welchen keine örtliche Wahlstelle eingerichtet ist, können ihre Stimmzettel brieflich dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes ihres Stimmbezirks in der Zeit vom 21. bis 23. Juni 1927 in verschlossenen Umschlägen unter Beifügung eines ihre Person kennzeichnenden Anschreibens überfenden.

Für die Wahl der Arbeiter sind 243 und für die Wahl der Angestellten 246 Stimmbezirke gebildet. Wahlberechtigte Arbeiter sind zurzeit 373 890 und wahlberechtigte Angestellte 22 899 vorhanden.

herausragend bewährt bei:

Togal Tabletten

Rheuma, Gicht, Ischias, Infuenza u. a. Entzündungskrankheiten.

Nerven- und Kopfschmerzen, Grippe,

Et. notarieller Bestätigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Gutachten abgeben worden. — Togal hilft bei Schmerzen und fchwerer die Darmtätigkeit aus. Keine schädlichen Nebenwirkungen. Fragen Sie Ihren Arzt! In allen Apotheken. Preis 20/1 1.40. 12,5 Lich. 0,6 China 74,3 Acid. accl. sn. ad 100 Amyl.



Arbeitermarsch.

Tatt! Tatt! Auf Tatt habt acht!
 Der ist mehr als halbe Macht.
 Formt aus vielen Vielen Einen,
 Hebt den Mut der bangen Kleinen,
 Laßt das Schwerste leicht erscheinen,
 Zeigt die Ziele uns, die reinen,
 Näher, schärfer, ohne Schatten,
 Als wir auf dem Korn sie hatten.

Tatt! Tatt! Auf Tatt habt acht!
 Der ist mehr als halbe Macht.
 Rahm im Tatt wir einige Hundert,
 Ist da keiner, der sich wundert;
 Rahm im Tatt wir einige Tausend,
 Wird sein Ohr schon mancher reden;
 Rahm im Tatt wir hunderttausend —
 Ja, dies Dröhnen wird sie weden!

Tatt! Tatt! Auf Tatt habt acht!
 Der ist mehr als halbe Macht.
 Wenn in solchem Tatt wir schreiten
 Fest von Norges Uferweiten
 Bis zum höchsten Katarakte —
 Kommen alle wir im Tatt —
 Schwinden Herren, schwinden Knechte,
 Helfen jedem wir zum Rechte!

Björnson

Der 1. Mai.

Der 1. Mai ist der Weltfeiertag der Arbeit. 1889 auf der Tagung der Zweiten Sozialistischen Internationale wurde beschlossen, daß allerorts am 1. Mai die Arbeiterschaft für ihre Forderungen durch Kundgebungen eintreten soll. Der 1. Mai wurde der Feiertag, an dem alle Arbeit ruht, an dem alle Arbeiter in gemeinsamen großen Veranstaltungen für den Achtstundentag, für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft zusammenkommen, zusammenschließen und zusammenhalten. In der Arbeiterschaft der ganzen Welt wird er gefeiert als ein Zeichen, daß nicht nur in einem Lande die Arbeiter zusammengehören, sondern die der Welt.

Als der Ruf in die Welt ging, den 1. Mai zu feiern, fand er nicht überall den gleichen Widerhall. Er konnte nicht überall in der gleichen Weise gefeiert werden, da die Bedingungen durch die Regierungen und die Unternehmer zu stark waren. Die Arbeiterschaft forderte den Achtstundentag, um freie Zeit für ihre Mühe und Ausbildung zu haben. Die Herrschenden sahen darin aber die Gefahr, daß die Arbeiter zu schlau werden und dann verlangen könnten, in der Leitung der Staatsgeschäfte mitzubestimmen. Sie versuchten, alle Bestrebungen zu zunichte zu machen. Auch die gemeinsamen Kundgebungen am 1. Mai, die schon in der Gemeinschaft und Einigkeit der Arbeiter eine Gefahr zu bedeuten schienen, unterdrückten sie. Die Unternehmer sperrten die Feiern den auf Wochen hinaus von der Arbeit aus. Sie ließen sie nicht mehr bei sich arbeiten, sie übermittelten die Namen den anderen Unternehmern, damit auch sie durch das Nichtstehen einen Druck ausüben sollten. Maidkundgebungen wurden verboten, Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Versammlungsräumen gemacht, alles nur, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft zur Macht kommen sollte.

Die Bedrückungsmaßnahmen waren in Gemeinschaft von Regierungen und Unternehmern so stark, daß in manchen Ländern und Landesteilen Abendfeiern die Kundgebungen während der Arbeitszeit ersetzen. Aber doch war das Bestreben, den 1. Mai überall als Weltfeiertag der Arbeit durchzuführen, so stark, daß auch lange Arbeitslosigkeit als Opfer nicht gescheut wurde, nur um der Bewegung zu dienen. Fragt einmal die älteren Kameraden, wie die Maifeier früher ausfiel, wie die Bedrückungsmaßnahmen von Polizei und Unternehmern ausfielen, wie ein Opfermut ohnegleichen dazu gehörte, am 1. Mai nicht zur Arbeit zu gehen. Sie werden von den früheren Zeiten vieles erzählen, um was gekämpft werden mußte, was dann erreicht wurde, und was uns heute so selbstverständlich ist, daß wir seinen Wert kaum noch achten.

Heute gilt es wieder für wichtige Forderungen einzutreten. Stets wiederholen sich die Verjuche der Unternehmer, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verschlechtern. Die organisierte Arbeiterschaft muß diese Verjuche nicht nur zu verhindern versuchen, sondern will entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stellung an den Erregenschaften des Kulturlebens teilnehmen. Darum kämpft sie und darum feiert sie den 1. Mai als ein Bekenntnis zum gemeinsamen Willen und als einen Tag zur Bestimmung auf gemeinsame Aufgaben.

Der Sinn des Tarifgedankens.

Die Fortschritte der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung insbesondere haben die Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Arbeiterschaften sehr gefördert. Auch die Lohnverhältnisse sind natürlich die Lage des Arbeiters, aber sie macht ihn noch nicht frei von der Ausbeutung und dem Druck des Unternehmertums. Erst kurze Arbeitszeit schafft ihm die Freiheit zum Leben und gibt ihm die Möglichkeit, seine eigene Persönlichkeit auszubilden und sie auch zu behaupten.

Auch der Lohnkampf der Gewerkschaften hat nicht nur eine materielle Bedeutung. Jede Lohnveränderung hat zwar die materielle Begründung in sich, daß sie dem Arbeiter und seiner Familie die Befreiung der notwendigen Bedürfnisse für den Lebensunterhalt erleichtern soll. Sie soll aber auch dazu dienen, den Aufstieg auf eine höhere Kulturstufe zu ermöglichen. Es ist vielleicht richtig, zu sagen, daß auch heute noch der deutsche Arbeiter mit seinen Ansprüchen an das Leben hinter den Arbeitern anderer Industrieländer zurückbleibt. Aber auch der deutsche Arbeiter hat sich doch längst schon den Anspruch darauf erworben, als Kulturmenschen gewertet und geachtet zu werden.

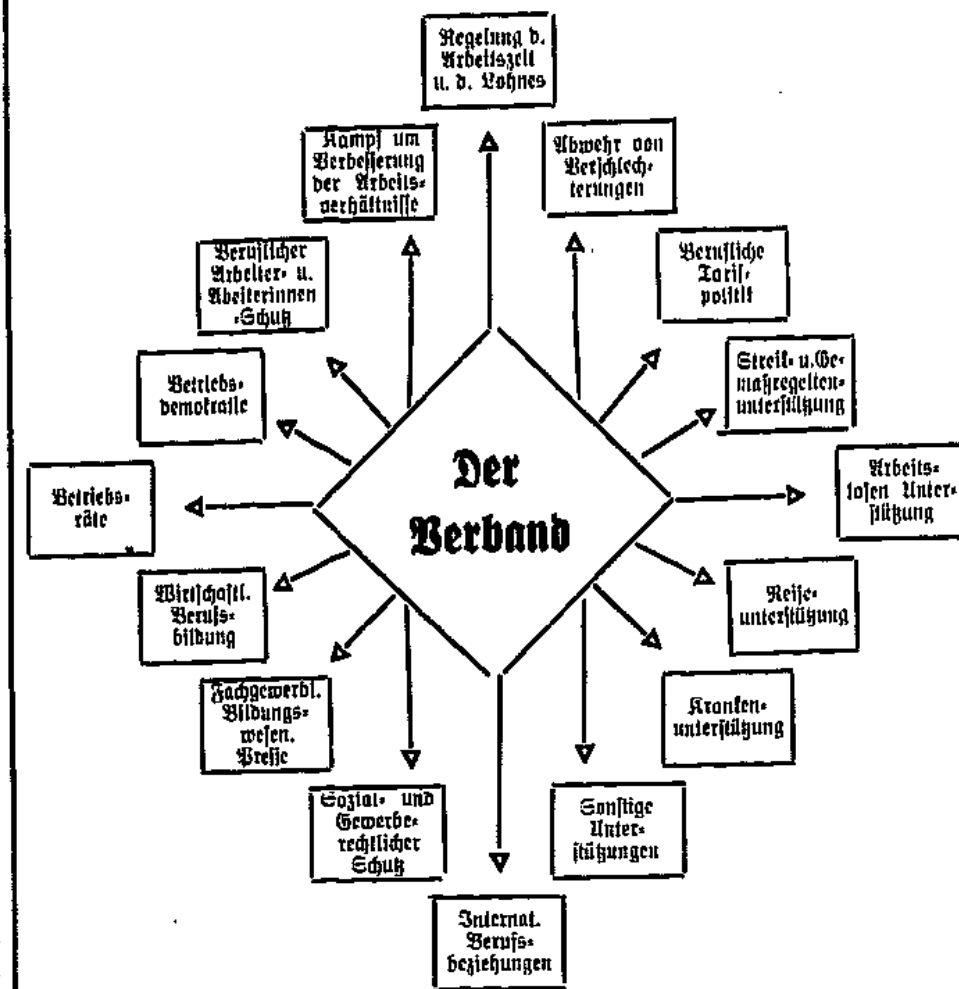
Seine geistige Bildung, seine gesellschaftliche Stellung, seine Haltung, Robur und Kleidung lassen freilich noch immer genug zu wünschen übrig. Aber sie stehen doch schon unendlich viel höher, als der durchschnittliche Stand vor 50 und auch noch vor

25 Jahren gewesen ist. Die Bestrebungen der Gewerkschaften und ihre Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und Lohnverhältnisse haben einen Kulturfortschritt von dauermendem Werte für die Arbeiter und für das ganze Volk gebracht.

Die volle Bedeutung der gewerkschaftlichen Lohnkämpfe zeigt sich aber nicht in der Erhöhung der Löhne allein, durch die die gesamte Arbeiterklasse allmählich auf eine immer höhere Stufe der Lebenshaltung gehoben werden konnte, sondern auch in der stetigen Durchföhrung des Tarifgedankens. Vor der Zeit des Tarifvertrages, als auch die Gewerkschaften im allgemeinen noch wenig ausgebreitet waren, mußte der einzelne Arbeiter selbst mit dem Unternehmer oder seinem Werkmeister über den Lohn verhandeln. Da war natürlich der Arbeiter immer der Schwächere, der nachgeben mußte. Es war sogar nicht selten, daß er beim Arbeitsantritt überhaupt nicht wußte, welcher Lohn und welche Arbeitsbedingungen sonst ihm zustanden. Der Arbeitslose wurde eingestellt, froh, Arbeit gefunden zu haben. Am Ende der ersten Woche erfuhr er oft erst, welchen Lohn der Fabrikant ihm geben wollte. Er konnte sich einverstanden erklären oder mehr verlangen, letzteres aber mit dem Risiko, erneut auf die Straße gesetzt zu werden.

Heute sind wenigstens die Grundbedingungen für jedes Arbeitsverhältnis in den Tarifverträgen festgelegt, die in Verhandlungen von Organisation zu Organisation, also von Macht zu Macht, für die Gesamtheit abgeschlossen sind, und auf die der einzelne sich stützen kann. Es kann wohl keine Frage sein, daß auch hierdurch die Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft wesentlich gestärkt und gehoben wurde.

Die Aufgaben



des einzelnen Verbandes.*)

Im Jahre 1913 bestanden in Deutschland Tarifverträge für 143 000 Betriebe mit 1,5 Millionen Beschäftigten. Im Jahre 1925 aber hatten sich die Tarifverträge bereits auf 786 000 Betriebe mit rund 12 Millionen Beschäftigten ausgedehnt. Da alle Gewerkschaften zusammen in diesem Jahre nur ungefähr 6 Millionen Mitglieder zählten, so ergibt sich aus diesem Vergleich, daß die Vorteile der Tarifverträge, die die Gewerkschaften für ihre 6 Millionen Mitglieder erzwingen haben, zugleich auch 6 Millionen unorganisierten Arbeitern und Angestellten zugute kommen, die also ernten, wo sie nicht gesät haben. Wieviel größer könnten die Erfolge der Gewerkschaften auf allen Gebieten sein, und wieviel leichter könnten auch die Mängel der jetzigen Tarifverträge verbessert werden, wenn nicht, wie jetzt, nur die Hälfte der Arbeiter und Angestellten, sondern ihre Gesamtheit in den Gewerkschaften vereinigt wäre!

Theodor Leipart.

Aus dem Schriftchen: „Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften“.

Wirtschaftspolitische Schulungsarbeit.

Am 10. April, einem Sonntag, fanden sich die Jugendfunktionäre des Bergarbeiterverbandes der Geschäftsstelle Wörs im Jugendheim Meerbeck zusammen. In einem Kursus sollten wirtschaftliche Fragen, die uns Bergleute bewegen, behandelt werden.

Mit der Frage: „Welche wirtschaftspolitischen Vorgänge interessieren euch als Bergleute im Augenblick?“ eröffnete der Leiter, Kamerad Bogt von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Bergarbeiterverbandes den Kursus. Aus der Fülle der Antworten seien nur die wichtigsten wiedergegeben: Lohnveränderungen, Nationalisierung, Kohlenpreisbildung, Zölle. Bei der Lohnfrage wurde eingeleitet. In doppelter Hinsicht sind Lohnveränderungen von wirtschaftspolitischer Bedeutung. Einmal kommt es darauf an, ob der Bergbau zurzeit höhere Löhne tragen kann, zum anderen ist zu untersuchen, wie sich die Lohnhöhe auf die Gesamtwirtschaft auswirkt. An Aktualität fehlte es der ersten Frage nicht, denn die Lohnordnung im Ruhrgebiet war gekündigt und Verhandlungen bereits im Gange. Es galt deshalb die erste Frage zu klären.

* Die Aufgaben des einzelnen Verbandes. Aus der Festschrift: „Der ADGB auf der Gelei Düsseldorf 1926“.

Der Referent hatte mehrere Exemplare von „Verband und Wirtschaft“ mitgebracht. Dort sollte die Antwort auf die Frage, ob der Ruhrbergbau höhere Löhne tragen kann, drin stehen, und zwar unter der Rubrik „Wirtschaftszahlen“. Diese nahmen wir uns nun gemeinsam vor und sahen, daß die Ruhrkohlenförderung im Januar und Februar d. J. höher war als im Monatsdurchschnitt 1913. „Es kommt aber nicht darauf an, daß viel Kohle gefördert wird, sondern daß bei ihrem Verkauf der Bergbau verdient“, wurde eingeworfen. Um für den Verkauf einige Anhaltspunkte zu finden, mußte erst einmal festgestellt werden, ob die Kohlengewinnung heute mehr oder weniger Untkosten verursacht als im letzten Vorkriegsjahr. Der wichtigste Untkostenanteil an der Kohlengewinnung sind die Arbeitslöhne. Hier sehen wir aber, daß im Januar 1927 im Ruhrrevier mehr als 10 000 und im Februar mehr als 7000 Bergleute weniger beschäftigt waren als 1913 und trotzdem die Kohlenförderung höher war.

Hier sehen wir schon, daß der einzelne Bergmann heute viel mehr Kohle aus der Erde schafft als 1913. In der Zahlenrubrik „Förderanteil in Mg. je verfahrenes Schicht“ stand dann auch zu lesen, daß ein Bauer im Januar 23 Prozent, ein Untertagearbeiter 19 Prozent und ein Mann der ganzen bergmännischen Belegschaft 21 Prozent mehr fördert als 1913. Jetzt war es uns schon klar, daß in dieser Leistungssteigerung eine Untkostenverbilligung liegt. Ihre Gründe sind Nationalisierung und erhöhte Anspannung der bergmännischen Arbeitskraft.

Welche Preise werden nun heute gegenüber der Vorkriegszeit für Kohle gezahlt? Wir haben hier den Inlandskohlenpreis und den Preis in den sogenannten besetzten Gebieten. Das sind die Gebieten, in denen deutsche und fremde Kohle im den Absatz kämpfen. Der Inlandskohlenpreis ist uns bekannt, denn unsere Organisationsvertreter im Reichskohlenrat setzen ihn ja mit fest. Er liegt für Ruhr-Zettförderkohle heute um etwa 24 Prozent höher als 1913. In den besetzten Gebieten behauptet nun die Industrie, immer mit Verlust verkaufen zu müssen. Wir haben die Möglichkeiten erwogen, diese Verlustquellen (sofern sie überhaupt bestehen) auszuschalten und sahen folgende Wege für gangbar an: 1. einen billigen Wasserweg nach dem größten Konkurrenzgebiet, der Nordseeküste, zu schaffen, den Danianal; 2. Frachtverbilligung durch die Reichsbahn; 3. Verständigung mit England. Um aber beim Thema zu bleiben, prüften wir, ob es wahrscheinlich ist, daß heute in den besetzten Gebieten die Ruhrkohle zu Verlustpreisen verkauft wird. Wir sagten nein, denn durch den englischen Streit sind die Kohlenpreise gerade in diesen Gebieten gestiegen, außerdem hat das Ruhrkohlenyndikat viele langfristige Lieferungsverträge abgeschlossen und die englischen Bergwerksbesitzer werden sobald nicht zu Verlustpreisen verkaufen können, da sie viele bringendere Aufgaben haben (Beginn der Nationalisierung im englischen Bergbau).

Wir stellten also fest, daß der Ruhrbergbau wohl eine Lohnverhöhung ertragen könne und fanden durch Hinweise eines Jungkameraden noch einen starken Bundesgenossen, die Börse. Die Kurse für alle Kohlenwerte sind nämlich in letzter Zeit gewaltig gestiegen und die Börsenjobber werden wohl wissen warum.

Wir betrachteten nun die Lohnsteigerungen seit der Stabilisierung und sahen, daß für die Gesamtbelegschaft seit Januar 1924 der Leistungslohn je Schicht um 258, der Barverdienst um 261 Mark und der Wert des Gesamteinkommens um 246 Mark gestiegen ist. Die Begriffe der einzelnen Lohnarten wurden jedesmal erläutert und wir waren stolz, diese Lohnverhältnisse des Verbandes feststellen zu können. Nun gab es Rechenkunststücke, die erweisen sollten, wie hoch heute der Reallohn ist. Bei dieser Gelegenheit unterhielten wir uns auch über den Wert und die Entstehung der Indeziffern.

So hatten wir in Verbindung mit der Lohnfrage fast alle wirtschaftlichen Fragen, die im Anfang erwähnt wurden, besprochen. Wir waren uns aber auch darüber klar, daß es mit unserer Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues allein nicht getan ist, denn freiwillig bekommen wir nichts. Es wird auch dieses Mal der Gegenseite im wirtschaftlichen Machtkampfe abgerungen werden müssen, und einen Erfolg wird uns nur ein starker Bergarbeiterverband bringen können. Mit dem Bewußtsein, für ihn zu arbeiten, gingen wir auseinander.

Praktische Jugendarbeit.

Bezirk Dortmund. Als vor Jahresfrist in unserem Bezirk die erste Jugendobstleutkonferenz nach langer Zeit stattfand, fanden wir vor ungünstigen Verhältnissen und großen Schwierigkeiten. Man konnte damals den Eindruck gewinnen, daß trotz des besten Willens der versammelten Obsteute, die erst gewöhnt worden waren, viele Erfolge nicht zu erwarten seien. Trotzdem war diese Befürchtung nicht berechtigt. Denn die zweite Konferenz am 10. April war von einer stattlichen Zahl von jungen Kameraden besucht. Nach einem Vortrag des Jugendleiters unseres Verbandes wurde beschlossen, eine weitere Zusammenkunft zu veranstalten. Diese fand am Karfreitag statt und erzielte sich noch besseren Besuches. Behandelt wurde in arbeitgemeinschaftlicher Form die Bedeutung des Verbandes und seine Gegnerschaft. Damit wurde zugleich wichtiges Wissen für die Agitationsarbeit vermittelt. Geplant wurden ferner mehrere geistliche Zusammenkünfte für die nächste Zeit (Wanderungen). Die Ausführung dieser Pläne erfolgt durch die Jugendkommission, die mit der Geschäftsstellenleitung zusammen arbeitet. Jedenfalls haben die beiden letzten Veranstaltungen bewiesen, daß der ausgestreute Samen unserer Jugendarbeit gute Früchte trägt und daß trotz aller Schwierigkeiten gute Fortschritte zu verzeichnen sind.

Bezirk Bochum. Vor kurzem fand in Weimar ein weiterer Wochenkursus statt, der so recht bewies, daß unsere Jugendarbeit nicht umsonst ist. Samstag waren über 10 Teilnehmer, Sonntag sogar 13 Kameraden anwesend, alle von dem Willen befeuert, sich notwendiges Wissen anzueignen. Kamerad Knepper sprach über Knappschätzfragen, besonders über die Vorgesichte der heutigen Knappschätz, dem ein weiterer Vortrag über die gegenwärtige Struktur des Knappschätzwesens folgte. Am anderen Morgen behandelte Kamerad Pilzecker die verbandsgemeinschaftlichen Bestrebungen. Dem Vortrage folgte eine kurze Aussprache. Die übrige Zeit wurde mit geistlichen Unterhaltungen ausgefüllt, so daß der gut besuchte Kursus einen hervorragenden Verlauf nahm. Dank der kameradschaftlichen Hilfe der Verbandmitglieder von Weimar war es möglich, die auswärtigen Kameraden in Quartieren unterzubringen. Treue um Treue muß deshalb unser Wahlpruch sein, indem wir unermüdetlich für den Ausbau des Verbandes und damit zum Wohle der Bergarbeiter arbeiten.

E. E.



Geschichte der Stadt Duisburg. Die Häfen von Duisburg...

Die Entwicklung dieser Gegend vom grauen Altertum bis in die jüngste Zeit...

Die Schiffahrt, nach dem 30jährigen Krieg wieder aufblühend...

im Kapp- und Separatistenputz wie unter der Befehung...

Elektrische Fördermaschinen. Zweite, umgearbeitete Auflage...

Die notwendig geworden zweite Auflage obigen Buches ist nunmehr als fester Band...

Schluss des redaktionellen Teils.

Eine großartige Idee. Endlich weiß ich, was meiner Frau die größte Freude macht...

Schwelende, federleichte Betten sind der Stolz einer jeden Hausfrau...

viele zufriedener Hausfrauen und wird auch Sie zufrieden stellen.

Grippe-Epidemie und Volksgesundheit stehen überall in hartem Kampf...

Wir bitten unsere Leser in ihrem und auch unserem Interesse...

Wer keine Wirtschaftssorgen haben will, muss sich heutzutage entsprechend umstellen...

Das ideale Kopfschmerzmittel. Wir verfügen heute gegen dies schmerzvolle Leiden...

WRIGLEY P.K. KAUBONBONS PFEFFERMINZ-GESCHMACK



Für Jung und Alt Gut für Mund und Zähne Appetitanregend Verdauung fördernd

Überall erhältlich WRIGLEY A.G., FRANKFURT a. M.

Warem werden Original-Miele Qualitäts-Räder nur durch Fahrradhändler verkauft. Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen Fahrradfabrik in Bielefeld

Eine frohe Botschaft an alle Rheumatismskranke! Probepaket gratis! Dr. Zinsser & Co., Leipzig 483

Feinstes Tafel-Pflaumenmus garantiert rein aus Pfirsichen und Aprikosen eingedickt.

Ta. Tafelsilber-Bestecke mit 25-jähriger schriftlicher Garantie versende ich durch ein Probe 1 Woche zur Ansicht...

Fahrräder in Garantie-Freilauf Bereit in all. Preislagen. Anzahlg. M. 10.-

Qualitäts-BETTEN von Prima hochfein edler Bettkörper...

Billigste und realste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern. Otto Hue, sein Leben und Wirken

Die ideale Bettfüllung leicht chinesisches (ges. gesch.) Monopoldaunen

Bettenfedern garneite Füllfedern 95 Pfg. keine Umhüllungen...

Arcona-Räder Kaufen Sie kein Fahrrad bevor Sie den Katalog über das Arcona-Rad...

Honig gar. rein, beste Qualität, goldklar, 100% reines Bienenhonig...

Wäschestoffe Strickwolle, Strümpfe, Tricotwaren, Seife...

Mähmaschinen von Mk. 61.- an Fahrräder von Mk. 39,00 an

Heimarbeitsvergnügen P. Hoffter, Brealau 11 Futterale für Mitgliedshüter Preis 10 Pfg.

Fischmarinaden feine, leicht frische, je eine Dose Kaviar...

KÄSE mit gewaschener, beste Qualität, ans feinsten Rohmaterial...

Käse Edamer Form in 2 Sorten = 9 Pfg. in 1,50, 200 la. Harzer...

Aus der Geschichte des jährlichen Bergbauers u. seine Arbeiter. Preis 1,50 Mk.

Unsere Feiern erhalten 1,00 Mk. Nachsch. und 1 Kapsel gratis. Reklamepreis nur Mk. 4.00

Inserat in der Bergarbeiter-Ztg. Erfolg bringen stets

Gruben-Stiefel (ohne Hinterfuß) solide gearbeitet mit 7,50, oder bis 8,50, sehr ges. Leder. Dir. Schreiber, Zornberg bei Witten.

Fest-Abzeichen in Papier od. Pappe. Sauber und billig. Preisliste 20 Ums. Rauh & Pohle, Leipzig 61.